

# Alles lässt sich ändern

Freie  
Demokraten  
Stuttgart FDP

**AUS DEM KREISVERBAND**

**CHRISTIAN DÜRR  
BEIM  
NEUJAHRESTREFF**

**AUS DEM LANDTAG**

**FLÜCHTLINGE,  
FEUERWEHR UND  
FEHLPLANUNGEN**

**AUS DEM BUNDESTAG**

**WIRTSCHAFTSWENDE  
JETZT!**

**VORWORT**

**03 BEGRÜßUNG DER KREISVORSITZENDEN**

**AUS DEM KREISVERBAND**

**04 DREIKÖNIGSPARTEITAG IN FELLBACH**

**08 NEUJAHRSTREFF DES KREISVERBANDS  
STUTTGART AM 6. JANUAR 2025**

**12 DER KREISVERBAND WÄHLTE AM  
1. FEBRUAR 2025 SEINE KANDIDATEN  
ZUR BUNDESTAGSWAHL 2026**

**14 REINHOLD-MAIER-NADEL FÜR ARMIN SERWANI**

**16 NACHRUF PETER HÖNIG**

**AUS DEN ARBEITSKREISEN**

**18 REVITALISIERUNG DES AK BAUEN & WOHNEN –  
ERFOLGREICHES AUFTAKTTREFFEN**

**19 DIE AKS DIGITALISIERUNG UND MOBILITÄT  
ZU BESUCH IN DER  
INTEGRIERTEN VERKEHRSLEITZENTRALE**

**AUS DEN STADTGRUPPEN**

**21 DAS GEPLANTE FLÜCHTLINGSWOHNHEIM  
IN DER LENBACHSTRAÛE**

**22 MIT PLAN, PUNSCH UND PIZZA:  
DIE LANGE NACHT DER PLAKATE DER  
STADTGRUPPE STUTTGART MITTE/SÜD**

**23 LESEN IM FREIEN!**

**24 AUS DER STADTGRUPPE NORD**

**27 STARKER GASTREDNER IN BAD CANNSTATT**

**28 MOTIVIERT INS WAHLJAHR GESTARTET**

**29 VORTRAGSVERANSTALTUNG  
MIT RENATA ALT, MDB**

**AUS DEM GEMEINDERAT**

**30 KEINE LEA IN STUTTGART!**

**AUS DER REGION**

**32 DIE KOSTEN FEST IM BLICK**

**AUS DEM LANDTAG**

**34 FLÜCHTLINGE, FEUERWEHR  
UND FEHLPLANUNGEN**

**38 HOHE SCHULDEN UND INEFFIZIENTE PROJEKTE –  
LANDESREGIERUNG OHNE VISIONEN**

**AUS DEM BUNDESTAG**

**42 WIRTSCHAFTSWENDE JETZT!**

**AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN**

**43 DISKUSSIONSRUNDE JUGENDOFFIZIER x JULIS**

**44 WIRTSCHAFTSWENDE JETZT!**

**45 DEUTSCHLAND BRAUCHT DIE FDP – WARUM WIR  
JUNGE LIBERALE FÜR DEN WANDEL KÄMPFEN**

**46 FRAUENFRÜHSTÜCK BEIM  
LANDESPARTEITAG 2025**

**48 MITGLIEDERVERSAMMLUNG  
DER LIF BV STUTTGART**

**49 LSI-STAMMTISCHE NEU AUFGELEGT**

**VERANSTALTUNGEN**

**50 TERMINE IM 1. QUARTAL 2025**

**51 UNSERE VERSTORBENEN**



Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart › V.i.S.d.P.: Gabriele Reich-Gutjahr  
Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584

Anzeigen an: redaktion@stuttgart-liberal.de › Satz und Layout: Steffen Schneider

stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

# BEGRÜßUNG DER KREISVORSITZENDEN



**Gabriele Reich-Gutjahr**  
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

## Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

Mit Volldampf ging's ins neue Jahr. Bei einem erfolgreichen Landesparteitag und in einer vollen Oper bei der Kundgebung an Dreikönig holten wir die Startenergie für den Wahlkampf. Unsere baden-württembergische Generalsekretärin und Spitzenkandidatin Judith Skudelny lief zu Hochform auf. Sie ist derzeit in Dauereinsatz im ganzen Land. Beim anschließenden Stuttgarter Neujahrstreff war das Interesse an unserem Gastredner, dem Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion Christian Dürr riesig. Mit dieser „Energiebetankung“ ging es dann am 12. Januar richtig los in den Wahlkampf. Ein Dank an alle, die die Nacht zum Tag machten oder am frühen Sonntagmorgen starteten um die besten Plätze zu ergattern. ‚Alles lässt sich ändern‘ Mit diesem Motto gibt die FDP ein klares Signal, dass es nicht so weitergehen kann, wie es ist. Es braucht tiefgreifende Einschnitte, damit Deutschland seinen Platz an der Spitze der Welt wieder erobern kann. Angesichts der weltweiten Gemengelage ist diese zwingender denn je. Klar ist, dass politische Kraft aus Wirtschaftskraft kommt. Drei Jahre Stagnation führen zu einem Verlust an Arbeitsplätzen und die Sorge der Menschen vor Arbeitsplatzverlust wächst. Zu viel Dirigismus und fehlende Klarheit in der Wirtschaftspolitik schwächen die Wirtschaft. Hinzu kommt die wechselhafte, undurchsichtige weltpolitische Lage.

Ein Trump, der innerhalb weniger Tage umsetzt, was er angekündigt hatte, lässt uns erschrecken. Ein Putin, der mit Soldaten aus Nordkorea seinen Krieg gegen die Ukraine fortsetzt, zeigt, dass ihm im eigenen Land das Personal ausgeht. Der Sturz von Assad lässt eine kleine Pflanze der Hoffnung für Syrien wachsen. Die Waffenruhe im Gaza-Streifen ebenso.

Von den 12 Millionen aus der Heimat geflüchteten Syrern, lebt rund 1 Million in Deutschland. Davon sind mehr als 700.000 Geduldete. Für sie könnte sich nun eine Zukunft in ihrer Heimat wieder eröffnen. Entscheidend ist, ob es gelingt, in Syrien eine stabile Regierung zu bilden.

Die Morde in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg haben die kritische Haltung in der Bevölkerung zu Flüchtlingen verstärkt. Die CDU/CSU hat mit ihren Entschließungsanträgen und dem Zustrombegrenzungsgesetz eine emotionale Debatte entfacht und die Diskussion aus dem Parlament in die breite Öffentlichkeit getragen. Das war überfällig. Und einmal mehr wurde dabei deutlich, dass Grüne und SPD noch nicht erkannt haben, dass sie, mit ihrer Art das Thema zu behandeln, die AfD stärken. Das waren nur einige Aspekte der turbulenten ersten 30 Tage des neuen Jahres.

Unsere Mitglieder stellen sich an den Ständen dem Gespräch und sind fest entschlossen, die Zeit bis zur Wahl zu nutzen, um ein gutes Ergebnis in dieser Bundestagswahl zu erreichen. Jede und jeder kann dazu beitragen. Es heißt, dass 50% der Wahlberechtigten noch unentschieden sind. Bitte helfen Sie mit, dass viele davon ihr Kreuz bei der FDP machen. Ein Richtungswechsel in der Bundespolitik durch die CDU ist nur mit einer starken FDP möglich. Davon sind wir fest überzeugt. Das haben wir aus 16 Jahre schwarz-rot und drei Jahre Ampel gelernt.

Mit unseren beiden Buttons **‚Alles lässt sich ändern‘** und **‚Optimist‘** haben Sie die Möglichkeit, mit Menschen leichter ins Gespräch zu kommen. Sie erhalten diese bei ihrer Stadtgruppe. Auf in den Endspurt. Lassen Sie uns gemeinsam für ein gutes Wahlergebnis kämpfen. Damit sich in Deutschland Leistung wieder lohnt, die Wirtschaftswende gelingt und Fortschritt für alle spürbar wird. Kurz: der Politikwechsel in 2025 Wachstum, Wohlstand und Zuversicht erzeugt.

Es grüßt Sie herzlich

Gabriele Reich-Gutjahr  
Kreisvorsitzende

# DREIKÖNIGSPARTEITAG IN FELLBACH



**Wolf Dieter Dallinger**  
Beisitzer Kreisvorstand

Dreikönigsparteitag und Dreikönigslounge, Dreikönigstreffen in der Stuttgarter Oper und Neujahrstreff des Kreisverbandes in der Alten Kanzlei. Das Jahr beginnt für Freie Demokraten immer mit einem geballten Programm innerhalb von anderthalb Tagen.

Als erster Punkt stand am 5. Januar 2025 der Landesparteitag im großen Hölderlinsaal der Schwabenlandhalle in Fellbach mit anschließender Dreikönigslounge an.

Wie üblich trafen sich die Stuttgarter Delegierten und weitere Teilnehmer aus dem Kreisverband zwanzig Minuten vor Beginn zu einer Vorbesprechung mit Fototermin. Um 10 Uhr startete der Landesparteitag.

## GRÜßWORTE

Nach der Begrüßung durch die baden-württembergische Generalsekretärin und Stuttgarter Bundestagsabgeordnete **Judith Skudelny** MdB folgten Grußworte von **Johannes Berner**, erstem Bürgermeister der Großen Kreisstadt Fellbach, und **Jochen Haußmann** MdL und **Julia Goll** MdL, Kreisvorsitzender und stellvertretende Kreisvorsitzende des gastgebenden FDP-Kreisverbandes Rems-Murr.

## EHRUNG DES BISHERIGEN LANDESVORSITZENDEN MICHAEL THEURER

Judith Skudelny dankte dem bisherigen Landesvorsitzenden **Michael Theurer** für seinen langjährigen Einsatz und sein Engagement für die liberale Sache. Er führte die Landespar-



→ Gruppenfoto der FDP Stuttgart



→ Ehrung des langjährigen Landesvorsitzenden Michael Theurer

tei von 2013 bis 2024 und trat im Rahmen seines Wechsels in den Vorstand der Deutschen Bundesbank vom Amt des Landesvorsitzenden zurück.

### **BERICHT AUS DER LANDESPOLITIK VON DR. HANS-ULRICH RÜLKE MDL**

Rülke betonte in seiner Rede die Wichtigkeit des organisierten Liberalismus für die Freiheit und gegen die Staatsgläubigen. Das Ampel-Aus sei richtig gewesen, da die notwendige Politik für die Wirtschaft mit Rot-Grün nicht möglich gewesen wäre. Er sprach über Bürokratieabbau und Energiepreise, über die Probleme der Wirtschaft und unsere Lösungen dafür. Er ging auf die verfehlte grüne Bildungspolitik im Lande und auf Ursula von der Leyens EU-Bürokratismus ein.

Rülke erwähnte dabei vier wichtige Zukunftsthemen: Bürokratieabbau und Entlastung der Wirtschaft. Die Wirtschaft leidet an zu vielen Gesetzen und Überregulierung. Zur Schuldenbremse sagte er: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen und die Investitionshemmnisse von übermorgen.

Wir brauchen bezahlbare Energie für die Menschen und die Wirtschaft. Er führte hier auch die verfehlte und teure Klimaschutzpolitik von Ministerpräsident Winfried Kretschmann an.

#### **Bekanntnis zur individuellen Mobilität**

Wir brauchen einen Bildungsaufbruch. Die FDP hat eine Bildungsallianz mit den beiden Fraktionsvorsitzenden Manuel Hagel MdL von der CDU und Andreas Stoch MdL von der SPD geschlossen. Das Ziel ist, zu einer Bildungspolitik zu kommen, die ideologische Hürden überwindet und dauer-



→ Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

haft Konsens in Baden-Württemberg sein kann. Die Grünen unter Winfried Kretschmann haben sich der Bildungsallianz verweigert.

Auch wenn die Grünen unser politischer Hauptgegner sind, so sind sie doch Demokraten. Er betonte, die Radikalen von der AfD hingegen dürfen im Land nicht an die Macht kommen.

Er skizzierte zwei Aufgaben für die nächste Zeit: Mit Judith Skudelny einen erstklassigen, überzeugenden und engagierten Wahlkampf für die Bundestagswahl zu führen und eine bürgerliche Regierung ohne Rot-Grün zu bilden.

Nach der Bundestagswahl am 23. Februar beginnt der Wahlkampf für die Landtagswahl für einen echten Politikwechsel. Um Ministerpräsident Winfried Kretschmann in den wohlverdienten Ruhestand und die Grünen in die Opposition zu schicken.

### **DR. HANS-ULRICH RÜLKE ZUM NEUEN LANDESVORSITZENDEN GEWÄHLT**

Auf dem Bezirksparteitag der FDP Region Stuttgart im Oktober hatte neben Dr. Hans-Ulrich Rülke auch Pascal Kober MdB seinen Hut als Nachfolger für den bisherigen Landesvorsitzenden Michael Theurer in den Ring geworfen.

Dr. Hans-Ulrich Rülke hatte sich für unsere Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny als seine Generalsekretärin ausgesprochen. Dieses Amt hatte sie bereits unter Michael Theurer inne. Pascal Kober schlug dagegen Benjamin Strasser MdB als seinen Generalsekretär vor.



Die beiden Seiten einigten sich im Vorfeld des Landesparteitages auf eine Kompromisslösung: Dr. Hans-Ulrich Rülke wird neuer Landesvorsitzender. Pascal Kober rückt vom dritten stellvertretenden Landesvorsitzenden auf den Posten des ersten Stellvertreters vor, den Dr. Hans-Ulrich Rülke bisher innehatte. Benjamin Strasser übernimmt den bisherigen Posten des dritten stellvertretenden Landesvorsitzenden von Pascal Kober. Judith Skudelny bleibt Generalsekretärin. Die Delegierten bestätigten die neuen Ämter für Dr. Hans-Ulrich Rülke, Pascal Kober und Benjamin Strasser.

Zwei Posten als Beisitzer im Landesvorstand waren ebenfalls neu zu besetzen. Hier setzten sich **Dr. Ann-Veruschka Jurisch** MdB und **Helena Herzig** aus dem Kreisverband Ludwigsburg durch. Letztere ist Beisitzerin im Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Co-Vorsitzende und zusammen mit Michael Theurer Gründungsmitglied des FDP-nahen Vereines Ökologische Marktwirtschaft e.V.

### **ANTRAGSARBEIT**

Zuerst wurden vier Satzungsänderungsanträge eingebracht und beschlossen. Neben notwendigen Anpassungen an das neue Landtagswahlrecht wurde die Liberale Vielfalt e.V. als Vorfeldorganisation in die Satzung aufgenommen.

Der Landesvorstand brachte den Leitantrag „Wirtschaftswende jetzt!“ ein. Zahlreiche Änderungsanträge wurden beraten, übernommen, beschlossen oder verworfen.

Aus Stuttgarter Sicht war der Passus zur Steuerbefreiung von Mehrarbeit interessant, welcher sich so auch im Bundestagswahlprogramm findet. Nun mag die Animierung zu Mehrarbeit mittels Steuerbefreiung ein löblicher Gedanke



→ **Unsere Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr**

sein. Allerdings ist es ungerecht, dass dieses Einkommen anders als andere Einkommen nicht steuerlich zur Finanzierung des Staates herangezogen wird. Vor allem würde hier ein neues Bürokratiemonster geschaffen: Denn wann ist eine Arbeitsstunde Mehrarbeit? Und wie sieht es bei Selbstständigen aus, die pauschal für ein Werk bezahlt werden? Wenn Selbstständige für ein Werk 60 Wochenstunden Arbeitszeit angeben, dann ist auf einmal ein Drittel des Einkommens steuerfrei? Hier öffnen wir dem Gestaltungsmissbrauch Tür und Tor. Dies zu verhindern, bedürfte besagten Bürokratiemonsters.

Unsere Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr brachte folgerichtig einen Änderungsantrag zur Streichung dieses und eines ähnlichen Passus ein und wurde von Prof. Dr. Hans-Peter Burghof aus der Stadtgruppe Plieningen/Birkach argumentativ unterstützt. Der Änderungsantrag wurde übernommen und die beiden kritisierten Stellen wurden gestrichen.

Die Mitglieder der Landespartei hatten im Vorfeld des Landesparteitages die Möglichkeit, zwei der 32 eingereichten und zugelassenen Anträge auszuwählen, die als erste nach dem Leitantrag behandelt werden sollen. Hier setzten sich die Anträge A 03 „Afuera – Deutschland entfesseln“ von Roland Fink aus dem Kreisverband Karlsruhe-Land und A 04 „Leistungsprinzip in der Bildung“ des Landesfachausschusses Bildung und Wissenschaft durch. Beide Anträge wurden mit Änderungen angenommen. Da mittlerweile der Parteitag um 19 Uhr sein zeitliches Ende erreicht hatte, wurden keine weiteren Anträge mehr behandelt.

Es seien an dieser Stelle noch **Benedikt Zimmermann** und **Prof. Prof. h.c. Dr. Dr. h.c. Karl Stahr** aus der Stadtgruppe Mitte/Süd erwähnt, die sich in die Antragsdiskussion eingebracht hatten.

### **WEITERE VERANSTALTUNGEN AM RANDE DES LANDESPARTEITAGES**

Am Rande des Parteitages fanden verschiedene weitere Veranstaltungen statt. So luden die Liberalen Frauen vorab zu einem Frauenfrühstück ein. Eine gute Möglichkeit zum Netzwerken.

Die Liberalen Schwulen und Lesben führten ebenfalls vorab ihre Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Landesvorstandes durch. Wir gratulieren Judith Skudelny und Daniel Flad, beide aus dem Kreisverband Stuttgart, zur Wiederwahl als Beisitzer.

Um 17 Uhr konnten sich Interessierte in einem Vortrag mit **Renata Alt** MdB zur Menschenrechtssituation in Tibet informieren. Anschließend fand der liberale Menschenrechts-



→ Dreikönigslounge v.l.n.r.: Susanne Winkler, Claudia Schober, Judith Skudelny, Armin Serwani, Gabriele Reich-Gutjahr, Prof. Dr. Hans-Peter Burghof, Gabriele Heise, Volker Weil, Wolf Dieter Dallinger (alle KV Stuttgart) und Chris-Robert Behrendt (BV Ostwürttemberg)

dialog der Friedrich-Naumann-Stiftung mit Renata Alt, der tibetischen Sicherheitsministerin Dolma Gyari und dem hochrangigen indischen Politiker Ghanshyam Tiwari statt.

Zahlreiche Stände von Vorfeldorganisationen und Vereinen aus dem liberalen Umfeld, von Sponsoren und der Stiftung sowie von Händlern mit FDP-Werbemitteln befanden sich im Foyer. Die Stände der Liberalen Senioren und des Liberalen Mittelstandes wurden maßgeblich mit von Mitgliedern des Kreisverbandes Stuttgart betreut.

### **DREIKÖNIGSLOUNGE**

Im Anschluss an den Landesparteitag fand ab 19 Uhr die Dreikönigslounge im Hesse- und Mörikesaal statt. Bei lecker Essen und guten Getränken kamen Delegierte, normale Mitglieder und Parteiprominenz wie **Christian Lindner** MdB, **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** MdEP, Dr. Hans-Ulrich Rülke und Judith Skudelny zu Gesprächen zusammen. Dabei ergab sich auch die ein oder andere Möglichkeit zu einem Foto mit Christian Lindner.

An der Dreikönigslounge können Parteimitglieder und Gäste teilnehmen, die Eintrittskarten sind über Eventbride erhältlich. Der Eintrittspreis deckt die Kosten für Essen und Getränke.

### **SIE MÖCHTEN AN EINEM PARTEITAG TEILNEHMEN?**

Bezirks- und Landesparteitage, Landeshauptausschüsse und Landesvertreterversammlungen, Bundesparteitage und Bundesvertreterversammlungen sind mitgliederoffen. Sie können also als Gast teilnehmen, sofern Sie Parteimitglied sind, und vor Ort miterleben, wie Hunderte von Delegierten um Anträge ringen, Wahlprogramme beschließen, den Bezirks-, Landes- und Bundesvorstand wählen und Wahllisten zusammenstellen.

Alle zwei Jahre wählen wir die Delegierten für die Parteitage und Landeshauptausschüsse und je nach Bedarf Delegierte zu Vertreterversammlungen. Als Delegierter entscheiden Sie vor Ort mit.

Sprechen Sie bei Interesse an der Teilnahme an einem Parteitag oder an den Delegiertenwahlen am besten Ihren Stadtgruppenvorsitzenden an.

### **Der Landesparteitag auf YouTube**

Die Aufzeichnung des Dreikönigsparteitages finden Sie auf YouTube: <https://www.youtube.com/live/UfoCgsjpQ-U>

# NEUJAHRSTREFF DES KREISVERBANDS STUTTGART AM 6. JANUAR 2025



**Brigitta Haak**  
Beisitzerin Kreisvorstand

Im Anschluss an die Dreikönigskundgebung im Staatstheater fand der traditionelle Neujahrstreff des Kreisverbandes Stuttgart in der Alten Kanzlei statt.

Die Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** begrüßte die über 90 Gäste des Neujahrstreffs und wünschte ihnen ein gutes, gesundes neues Jahr voller Tatkraft und Freude. Sie betonte, dass Optimismus entscheidend sei, um in der heutigen Welt etwas zu bewegen. Politik sei oft eine Sisyphusarbeit, bei der man selten ein endgültiges Ziel erreiche. Nicht zuletzt deshalb verdienten alle, die sich politisch engagieren, Respekt und Anerkennung.



→ Als Gastredner begrüßte sie **Christian Dürr**, den Vorsitzenden der FDP-Bundtagsfraktion

Sie freute sich über die starke Resonanz und sah darin ein Zeichen dafür, dass die FDP gut aufgestellt sei für die kommenden 48 Tage bis zur Wahl. Wir haben großartige Kandidaten und ein überzeugendes Wahlprogramm. Auf Plakaten, an Wahlständen und in Gesprächen wolle die Partei zeigen, welche Veränderungen Deutschland braucht und dass diese nur mit der FDP möglich seien. „Wenn die FDP es nicht in den Bundestag schafft, dann wird sich nichts ändern und alles bleibt, wie es die letzten 20 Jahre war. Und das kann nicht im Interesse unseres Landes sein“, erklärte sie. „Dafür braucht es die Mitwirkung von uns allen. Werben Sie auch bei den CDU-Wählern, dass sie mit der Zweitstimme FDP wählen. Stehen wir gemeinsam für eine bessere Zukunft ein!“

**Christian Dürr** stellte in seiner Rede die zentralen Erfolge und Herausforderungen der Freien Demokraten in den Mittelpunkt. Vor einem engagierten Publikum dankte er für das Interesse an der liberalen Politik und betonte die Bedeutung von Freiheit und Fortschritt als Leitlinien des politischen Handelns.

Dürr nahm Bezug auf Gespräche mit Bürgern, Unternehmen und auch seiner Schwiegermutter, die die wachsende Bürokratie und den politischen Stillstand kritisierten. Er räumte ein, dass die Koalition trotz vieler guter Projekte letztlich nicht mehr handlungsfähig gewesen sei. „Eine Koalition darf kein Selbstzweck sein, sondern muss Deutschland voranbringen“, erklärte er.

Als Beispiele für liberale Erfolge nannte Dürr das Gesetz zur Planungsbeschleunigung, das schnellere Bauprojekte ermöglicht, und die Abschaffung der kalten Progression, die





→ **Christian Dürr bei seiner Rede**

zu mehr Steuergerechtigkeit beiträgt. Diese Reformen seien gegen Widerstände der Koalitionspartner durchgesetzt worden. Gleichzeitig wies er Vorwürfe zurück, die FDP habe Projekte blockiert, vielmehr wären SPD und Grüne für politische Blockaden verantwortlich gewesen.

Ein Schwerpunkt seiner Rede war die Bildungspolitik. Dürr forderte die Abschaffung der Kultusministerkonferenz, die Reformen behindere. Stattdessen plädierte er für gezielte Investitionen in benachteiligte Schulen. Das von Ministerin Stark-Watzinger umgesetzte Start-Chancen-Programm, das 20 Milliarden € für Bildungsförderung bereitstellt, sei ein Beispiel für sozial gerechte und zukunftsorientierte Politik.

Dürr betonte die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen und verteidigte die Marktwirtschaft als Grundlage für Innovation und Wachstum. Er warnte vor staatlicher Überregulierung und sprach sich für technologieoffene Lösungen im Klimaschutz aus. "Der Einzelne kann es besser, nicht der Staat", sagte er und unterstrich damit die liberale Philosophie.

In der Finanzpolitik lobte er die Verdopplung der Investitionen von 40 auf 80 Milliarden € unter Einhaltung der Schuldenbremse. Dies sei ein Beweis dafür, dass solides Haushalten und zukunftsorientierte Investitionen vereinbar seien.

Gleichzeitig forderte er, Arbeit müsse Vorrang vor Sozialleistungen haben, um Fehlanreize zu vermeiden. Außerdem brauche es mehr Ordnung in der Migrationspolitik.

Dürr schloss seine Rede mit einem klaren Bekenntnis zu einer liberalen Einwanderungspolitik, die Chancen für Leis-

tungsträger bietet und die Werte des Grundgesetzes wahrt. Mit diesem Programm sieht er die FDP gut aufgestellt für die kommenden Herausforderungen.

Anschließend stellte er sich den zahlreichen Fragen aus dem Publikum.

Der Stuttgarter Bundestagskandidat im Wahlkreis 2, **Mark Wiczorrek** sprach einige dringende Reformen an. Er zeigte die Probleme bei der Ausweisung von Asylsuchenden auf und fordert nicht nur konsequente Abschiebungen, sondern auch Maßnahmen, um die Wiedereinreise ausgewiesener Personen zu verhindern.

Beim Rentensystem sieht er die Zukunft düster. Während vor 60 Jahren noch sechs Beitragszahler für einen Rentner aufkamen, sind es heute nur noch zwei. Damit ist das aktuelle System nicht zukunftsfähig: „Wer sich in Deutschland auf den Staat verlässt, der ist verlassen!“

Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage sprach er die hohe Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen an. Immer mehr Betriebe erwägen, in Länder mit niedrigeren Kosten abzuwandern.

Er beschreibt zudem den wachsenden bürokratischen Aufwand durch europäische Regularien wie die CRR oder CSRD. Statt echter Nachhaltigkeit entstünden vor allem höhere Kosten, da Unternehmen ihre Kapazitäten für Berichtspflichten einsetzen müssten und aus Angst vor „Green Washing“ Nachhaltigkeitsmaßnahmen zurückfahren. Wiczorrek sieht viel Handlungsbedarf, um Deutschland wieder auf einen erfolgreichen Kurs zu bringen.



→ **Viele Zuhörer beim Neujahrstreff**

Die baden-württembergische Spitzenkandidatin **Judith Skudelny** hob in ihrer Rede die Notwendigkeit hervor, Antworten auf die dringenden Fragen der Sicherheit zu finden. Mit Verweis auf die jüngsten Attentate in Mannheim, Solingen und Magdeburg betonte sie, dass die Menschen nur dann Vertrauen in die Stärke des Staates bewahren können, wenn die Politik verlässlich handelt. „Wenn wir diese Antworten nicht liefern“, warnte sie, „werden die Bürgerinnen und Bürger sie bei den radikalen Parteien suchen. Das dürfen wir nicht zulassen.“

Skudelny wies darauf hin, dass es die Verantwortung der Parteien der Mitte sei, offen über bestehende Probleme zu sprechen und diese entschlossen zu lösen. Dabei gehe es nicht nur um die innere Sicherheit, sondern auch um die wirtschaftliche Stabilität. „Unsere wirtschaftliche Sicherheit steht auf dem Spiel, und der Bürokratieabbau ist ein zentraler Schlüssel dafür“, erklärte sie.

Sie kritisierte die mediale Aufmerksamkeit für Nebensächlichkeiten, wie die Debatte um den Begriff „Kettensäge“. „Die Presse interessiert sich leider mehr für rhetorische Stilfragen als für die tatsächliche Lage unseres Landes“, sagte sie. „Dabei müsste die Frage im Mittelpunkt stehen: Wie steht Deutschland wirtschaftlich da? Es kann doch nicht sein, dass ein durchschnittlicher Erwerbstätiger 14 Stunden pro Woche allein für staatliche Auflagen und Bürokratie arbeitet.“

Mit Nachdruck forderte sie: „Es ist egal, ob wir die Bürokratie mit der Kettensäge, dem Rasenmäher oder dem Lichtschwert bekämpfen – Hauptsache, sie verschwindet endlich!“

Skudelny ging auch auf die Bedeutung von Leistungsanreizen ein. „Leistung muss sich wieder lohnen!“, betonte sie. Sie plädierte für flexiblere Arbeitszeiten, einen dynamischen Einkommensteuertarif und eine Bürgergeldreform, die soziale Gerechtigkeit auch aus der Perspektive derjenigen betrachtet, die das Sozialsystem finanzieren.

Zum Abschluss ihres Vortrags richtete sie sich an ihre Zuhörerinnen und Zuhörer mit einem motivierenden Appell: „Wenn wir als FDP unsere Positionen rüberbringen wollen, dann können wir uns nur auf uns selbst verlassen. Deutschland braucht ein freiheitliches Land mit Wohlstand und Toleranz, und wir müssen dafür sorgen, dass die Radikalen klein bleiben. Wir haben noch 48 Tage Zeit. Diese Umfragen sind kein Schicksal, sondern eine Chance zur Veränderung.“

Mit einem Lächeln schloss sie: „Ich kämpfe mit Ihnen gemeinsam und freue mich auf einen fulminanten Wahlkampf. Lassen Sie uns alles daransetzen, ein starkes Ergebnis zu erreichen, denn Deutschland hat eine Regierung in der Mitte verdient.“



→ **Freuen sich auf einen tollen Wahlkampf: Bundestagskandidat Mark Wieczorrek, Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr und Bundestagskandidatin Judith Skudelny**

# DER KREISVERBAND WÄHLTE AM 1. FEBRUAR 2025 SEINE KANDIDATEN FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026



**Gabriele Reich-Gutjahr**  
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

## DIE STUTTARTER WAHLKREISBEZIRKE ZUR LANDTAGSWAHL

Landtagswahlkreis  
Stuttgart I

Stadtbezirke Stuttgart-Mitte,  
Stuttgart-Nord, Stuttgart-Süd,  
Stuttgart-West und die  
Stadtteile Gänsheide und  
Umlandhöhe des Stadtbezirks  
Stuttgart-Ost

👤 97.666 Wahlberechtigte

Landtagswahlkreis  
Stuttgart II

Stadtbezirke Birkach, Degerloch, Möhringen,  
Plieningen, Sillenbuch, Vaihingen und Hedelfingen

👤 92.379 Wahlberechtigte

Landtagswahlkreis  
Stuttgart III

Stadtbezirke Botnang,  
Feuerbach, Mühlhausen  
ohne den Stadtteil Neugereut,  
Münster, Stammheim,  
Weilimdorf und Zuffenhausen

👤 90.726 Wahlberechtigte

Landtagswahlkreis  
Stuttgart IV

Stadtbezirke Stuttgart-Ost,  
Bad Cannstatt, Obertürkheim,  
Untertürkheim, Wangen und  
Mühlhausen

👤 92.663 Wahlberechtigte





Sechs tolle Zweiertteams haben für die vier Stuttgarter Landtagswahlkreise kandidiert. Sie alle haben mit guten Reden die Zuhörer beeindruckt.

Gewählt wurden:



→ Im Wahlkreis Stuttgart I:  
*Claudia Schober mit Ersatzbewerber Stefan Fischer*



→ Im Wahlkreis Stuttgart II:  
*Friedrich Haag mit Ersatzbewerber Volker Weil*



→ Im Wahlkreis Stuttgart III:  
*Gabriele Heise mit Ersatzbewerberin Dajana Hummel*



→ Im Wahlkreis Stuttgart IV:  
*Juliane Becker mit Ersatzbewerber Michael Marquardt*

## REINHOLD-MAIER-NADEL FÜR ARMIN SERWANI



**Wolf Dieter Dallinger**  
Beisitzer Kreisvorstand

Für 50 Jahre herausragendes Engagement insbesondere in der Kommunalpolitik zeichnete die Reinhold-Maier-Stiftung am 19. November 2024 den Ehrenvorsitzenden der FDP Stuttgart **Armin Serwani** mit der Reinhold-Maier-Nadel aus.

**Melanie Kögler**, die Geschäftsführerin der Reinhold-Maier-Stiftung, hieß den Jubilar und die mehr als 50 Gäste herzlich willkommen. Darunter die Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr**, Armin Serwanis Nachfolgerin in diesem Amt, die beiden Landtagsabgeordneten **Friedrich Haag** MdL (Stuttgart) und **Dr. Christian Jung** MdL sowie Armin Serwanis Ehemann **Sergiy Dukart**. **Martin Körner**, ehemaliger Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat und amtierender Leiter des Grundsatzreferates Klimaschutz, Mobilität und Wohnen der Landeshauptstadt

Stuttgart, und **Matthias Nagel**, Leiter der Justizvollzugsanstalt Stuttgart, hielten Grußworte. Anschließend würdigte **Judith Skudelny** MdB, die Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg und Stuttgarter Bundestagsabgeordnete, in ihrer Laudatio das politische Wirken Armin Serwanis und hob seine Bedeutung für die liberale Politik in der Landeshauptstadt und darüber hinaus hervor. Melanie Kögler verlieh sodann die Reinhold-Maier-Nadel. Danach eröffnete sie den gemütlichen Teil des Abends. Musikalisch führten Julia Wiedemann, Anne Wiedemann, Lukas Wiedemann, Valentin Marquard und Luka Meipariani durch den Abend.

### **ARMIN SERWANI**

wurde 1955 in Wallerfangen im Saarland geboren und lebt seit 1969 in Stuttgart. Nach seiner Ausbildung bei der Deut-



→ Die Riege der Redner. Titel: Die Riege der Redner mit Martin Körner, Judith Skudelny MdB, Armin Serwani und Matthias Nagel

schon Bundesbahn arbeitete er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 2020 als Fahrdienstleiter im Stuttgarter Hauptbahnhof.

1974 trat er in die FDP ein. Er war und ist seit 1976 in der Stadtgruppe Stuttgart-Nord als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender und seit 2014 als Schatzmeister aktiv. Seit 1982 wirkte er im Kreisverband Stuttgart als Beisitzer, stellvertretender Vorsitzender sowie zwanzig Jahre lang als Vorsitzender. Seit 2021 ist er dessen Ehrenvorsitzender. Im Bezirksverband Stuttgart war er Beisitzer sowie stellvertretender Vorsitzender. Von 1999 bis 2003 und von 2009 bis 2013 war er Beisitzer im Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg.

Armin Serwani ist seit 1976 Delegierter bei Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen und kandidierte mehrmals für den Landtag. Von 2009 bis 2024 war er Regionalrat, von 2019 bis 2024 Stadtrat in der Landeshauptstadt Stuttgart und von 1980 bis 2019 39 Jahre lang Mitglied im Bezirksbeirat Nord und anschließend fünf Jahre dessen Betreuungsstadtrat. Seit Oktober 2024 ist er Bezirksvorsteher im Stadtbezirk Stuttgart-Ost.

Neben seinem politischen Engagement bekleidete und bekleidet Armin Serwani auch zahlreiche weitere Ehrenämter: unter anderem Schöffe am Landgericht und am Amtsgericht Stuttgart, Beisitzer im Vorstand des Bürgervereins Killesberg, Mitvorsitzender der AIDS-Hilfe Stuttgart, Gründer und Vorsitzender des Handels- und Gewerbevereins Stuttgart-Neugereut sowie Gründer und Vorsitzender des Jugendvereins Stuttgart-Nord. Seit 1996 ist er Mitglied im Anstaltsbeirat in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim und seit 2001 dessen Vorsitzender.



→ Die Laudatorin Judith Skudelny MdB, Armin Serwani und Melanie Kögler, Geschäftsführerin der Reinhold-Maier-Stiftung

**Ihr zentraler Anlaufpunkt für alle, die die liberale Botschaft wirkungsvoll verbreiten wollen! Bei uns erwarten Sie nicht nur traditionelle Werbeatikel wie Stofftaschen, Aufkleber und Grußkarten, sondern auch speziell zugeschnittene Produkte für effektive Wahlkampfaktionen vor Ort – ob es nun Bauzaunbanner, Hohlkammerplakate oder Großflächenplakate sind.**

**Planen Sie einen Infostand oder einen Kongress? Dann finden Sie bei uns das passende Equipment. Unsere Produktpalette reicht von Tischaufstellern über Visitenkarten bis hin zu Rollups, Messewänden und Falztelten. Alles im aktuellen Design der Freien Demokraten, Jungen Liberalen, Liberalen Mittelstand und Liberalen Frauen.**

**Das Beste daran: Sie haben die Wahl zwischen einem vorhandenen Layout oder einem Design, das individuell nach Ihren Vorstellungen und Wünschen gestaltet wird. Und keine Sorge – wir begleiten Sie durch den gesamten Bestellprozess, von der Auswahl bis zur Abwicklung.**

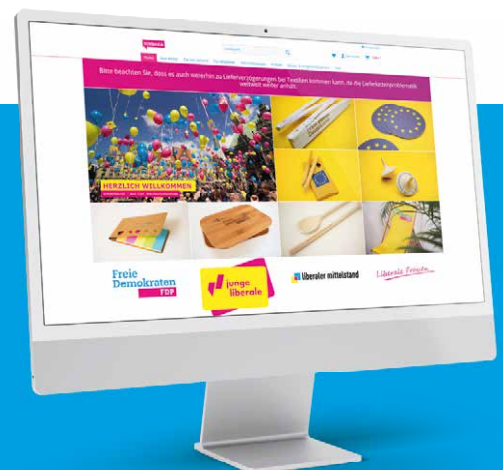
**Entdecken Sie die Vielfalt und die Möglichkeiten, die unsere Produkte und Dienstleistungen Ihnen bieten, und tragen Sie die liberale Botschaft mit Stolz in die Welt hinaus. Wir freuen uns darauf, Sie auf [www.thinkliberal.de](http://www.thinkliberal.de) zu begrüßen!**

**Freie Demokraten**  
FDP



*Liberales Frauen*

**liberaler mittelstand**  
Bundesvereinigung



thinkliberal.de ist ein Produkt der  
BTW MARKETING® Werbeagentur | Digital, Marketing, Design  
Steinstraße 14 | 59368 Werne  
Telefon: 0 23 89 / 9261-170 | [info@thinkliberal.de](mailto:info@thinkliberal.de)



# NACHRUF PETER HÖNIG † 23. NOVEMBER 2024



**Gabriele Reich-Gutjahr**  
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

1988 zog ich in die Ahornstraße, schräg gegenüber von Peter Hönig, aber erst 20 Jahre später als ich in die FDP eintrat, lernte ich ihn wirklich kennen – und schätzen. Er war Vorsitzender der Degerlocher Stadtgruppe, der ich zugeordnet wurde.

Was mich als erstes beeindruckte war die gute Gesprächskultur in den Sitzungen. Sachlich, reflektiert, auch mal emotional, stets ergebnisorientiert. Das war zum einen Ausdruck seines Berufs als Studienprofessor für Mathematik und Physik. Und resultierte zum anderen natürlich aus seiner großen politischen Erfahrung.

Peter wurde 1969 Mitglied der FDP/DVP und war von 1969–1974 und dann wieder von 2000–2014 Bezirksbeirat in Degerloch.

Mit kurzen Unterbrechungen war er von 1974 bis 1984 als Gemeinderat und von 1989 bis 1994 als Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP-Gemeinderatsfraktion politisch aktiv.

Seine kommunalpolitischen Interessen waren breit: Soziales, Sport, Kultur, Schule, Stadtentwicklung, Verkehr und Umweltschutz. OB Manfred Rommel fand in ihm einen Verbündeten für seine liberale Integrations- und Ausländerpolitik und seine strenge Haushaltspolitik. Überhaupt verstanden sich die beiden gut und sollen so manches Thema gemeinsam abseits der Gremien vorbereitet haben.

1994 benannte Peter als drängendste Probleme der Stadt: Die Konsolidierung des Stadthaushalts ohne Erhöhung der Steuern und Abgaben, Grundstücksvorratspolitik, den Rückgang des Sicherheitsgefühls in der Stadt, Steigerung

der Eigenverantwortung der Ämter durch dezentrale Budgetverwaltung, Ausweisung interkommunaler Baugebiete, Ausbau von S- und U-Bahn sowie Schaffung von Park-&-Ride Plätzen in der Region. Themen, die uns heute auch wieder oder noch beschäftigen.

Auf seiner Agenda standen auch umweltpolitische Themen wie beispielsweise Fahrverbote für PKW ohne Katalysator. Beim Umbau der neuen Weinsteige plädierte er dafür, die Autos und nicht die U-Bahn in den Tunnel zu legen und unterm Degerlocher Albplatz durchzuführen. Nicht zuletzt beschäftigte ihn auch die zunehmende Politikverdrossenheit in der Bürgerschaft.

Peter hatte auch in den 19 Jahren als Bezirksbeirat in Degerloch das Ohr nah an den Sorgen und Nöten der Menschen. Sein Wort zählte. Er verstand es, Menschen für seine Anliegen zu gewinnen. Vielleicht weil er nicht ideologisch, sondern sachorientiert war. Sein Selbstverständnis in der Gremienarbeit beschrieb er einmal wie folgt: „Es ist ein großer Vorteil, dass wir als kleinste Partei als Letzte sprechen bei der Beratung eines Themas. Das gibt mir die Möglichkeit, die Positionen der anderen zu bündeln und daraus einen liberal geprägten Vorschlag zu formen, der oft die Akzeptanz aller findet.“

Sein politisches Handeln wurde bestimmt durch seinen liberalen Kompass: Verantwortung dahin geben, wo sie am besten wahrgenommen werden kann.

Deshalb war für ihn klar, dass Selbsthilfe immer vor staatlichem Handeln kommt. Bürgerinnen und Bürger sollen möglichst viele soziale Aufgaben selbst in die Hand nehmen.





→ **Peter Hönig**

Dies lebte er auch selbst vor. Von seinen vielen Engagements als Mitglied in Förder- und Freundes- Vereinen möchte ich das Wilhelma Theater und den Verschönerungsverein Stuttgart nennen. Er war Mitbegründer des Fördervereins „Treffpunkt Degerloch/Alte Scheuer“ und des Fördervereins für das Institut Français de Stuttgart.

Von 1995 bis 2005 war Peter Hönig Vorsitzender und Vorstandssprecher der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Stuttgart.

Brücken zu bauen über Nationalitäten und Religionen hinweg war ihm wichtig.

Praktische Erfahrung hatte er privat gesammelt. So war die Eheschließung mit seiner französischen Liebe Colette damals, 1964, nicht ohne Hürden. Der Deutsche wurde in ihrer Familie zunächst kritisch gesehen, zumal er auch noch evangelisch, sie Katholisch war. Aber Peter und Colette ließen sich nicht beirren und heirateten ökumenisch, ein Novum für Degerloch.

Parteiarbeit In der FDP/DVP:

Peter Hönig gestaltete die politische Arbeit der FDP als Stuttgarter Delegierter für Bundes-, Landes- und Bezirksparteitage mit. Dabei blieb er immer unabhängig in seinem Urteil. Nie stellte er sein Fähnchen in den Wind. Und folgte schon gar nicht Design-Vorgaben der Partei: bis zuletzt lud er zu Sitzungen ein mit dem alten Briefkopf der FDP/DVP.

Er vertrat die Anliegen der Partei auch in Zeiten, wenn den Liberalen wieder mal kein Rückenwind beschieden war. Seinem Einfluss in der Partei ist es zu verdanken, dass die FDP

Degerloch mit Mandatsträgern im Land, in der Region und im Gemeinderat vertreten war und ist. Dabei auch Frauen zu fördern, war ihm wichtig. So aktivierte er mich 2009, für die Regionalversammlung zu kandidieren, 2011 Gaby Heise und 2016 mich für die Landtagskandidatur.

Als Stadtgruppenvorsitzender der FDP Degerloch, die er insgesamt 33 Jahre führte, kämpfte er persönlich für den Wahlerfolg. Unermüdlich errichtete er früh morgens seinen Tapeziertisch am Lindenplätze und machte Wahlkampf – bei jedem Wetter.

Als guter Politiker zeigte er sich nicht nur im Wahlkampf. Jährlich wiederkehrende Aktionen waren die Ostereiaktion und der Fahrplan mit FDP-Logo am Jahresende. Und natürlich der Neujahrsempfang für die Degerlocher, die nach den Vorträgen Gelegenheit zum geselligen Austausch hatten und bis heute haben bei Wein und Hefezopf. Er war eben ein Graswurzeldemokrat im besten Sinne.

2008 erhielt er die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, mit der sein herausragendes Engagement im sozialen Bereich geehrt wurde. 2015 erhielt Peter die Reinhold-Maier-Nadel der Reinhold-Maier-Stiftung.

Es gäbe noch vieles zu berichten über Peter Hönig. Wir danken ihm viel, nicht zuletzt den Fahrradanhänger an der Zacke. Dieser bleibt ein sichtbares Zeichen seines erfolgreichen Wirkens und wird uns stets an ihn erinnern.

Wir werden ihn und seinen Rat vermissen. Er bleibt uns ein Vorbild und wird in unseren Herzen weiterleben.

# REVITALISIERUNG DES AK BAUEN & WOHNEN – ERFOLGREICHES AUFTAKTTREFFEN



**Claudia Schober**  
Vorsitzende AK Bauen & Wohnen

Am 20. November 2024 trafen sich neun interessierte Parteimitglieder zur Auftaktveranstaltung des Arbeitskreises Bauen & Wohnen in der Brauereigaststätte Dinkelacker. Auf Initiative von **Claudia Schober** und mit Unterstützung des Kreisvorstands sollte der Arbeitskreis revitalisiert werden, um das – nicht nur in Stuttgart – so auf sinnvolle Lösungsansätze drängende Thema inhaltlich vertiefter zu begleiten.

Da unser Arbeitskreis-Koordinator im Kreisvorstand, **Wolf-Dieter Dallinger**, mit einer schweren Erkältung das Bett hüten musste (an dieser Stelle jedoch unseren herzlichen Dank für die Organisation und Vorbereitung der Veranstaltung), übernahm unsere Kreisvorsitzende, **Gabriele Reich-Gutjahr**, die Aufgabe, die Interessenten und ggf. neuen AK-Mitglieder darüber zu informieren, welche Aufgaben, Erwartungen und Ziele ein Arbeitskreis im Allgemeinen erfüllen soll und welche Themen im Bereich Bauen & Wohnen aus Sicht des Kreisvorstands im Hinblick auf Kommunal- und Landespolitik interessant sein könnten. Unseren herzlichen Dank für die informative Einführung!

Vor dem Einstieg in die thematische Diskussion führte Gabi die Wahl zum Vorsitz des Arbeitskreises durch. Jeweils einstimmig gewählt wurden Claudia Schober als Vorsitzende und **Raphael Jost** als stellvertretender Vorsitzender.

Danach übergab Gabi die Veranstaltungsleitung an die neue Vorsitzende, um den inhaltlichen Einstieg in die Arbeit des Arbeitskreises zu gestalten. Wir starteten mit einer ersten Themensammlung aus dem Kreis der Anwesenden, die in ihrer Breite aufzeigte, dass viel im Argen liegt und uns die Arbeit nicht so schnell ausgehen wird. Auch **Dr. Cornelius Hummel**, unser Stadtrat im Ausschuss Städtebau und Tech-

nik des Stuttgarter Gemeinderats, steuerte seine Fragen aus kommunalpolitischer Sicht bei und so kann der Arbeitskreis auf Basis eines ordentlichen Themenspeichers an die Arbeit gehen.

Im ersten Schritt wollen wir uns intensiver mit dem Wohnungsmarkt in Stuttgart auseinandersetzen und ein gemeinsames Verständnis über die Zahlenbasis der Ist-Situation in Wohnungsbestand, Einwohnerzahl und -struktur, den zukünftigen Bedarf und die aktuell gültigen Rahmenbedingungen sowie die relevanten Player auf dem hiesigen Wohnungsmarkt verschaffen, um auf dieser Basis Ideen und Lösungsvorschläge zu entwickeln, wie der Wohnraumproblematik mit einem liberalen, also marktwirtschaftlich orientierten Denkansatz begegnet werden könnte.

Natürlich wirft auch die Landtagswahl im Frühjahr 2026 ihre Schatten voraus, so dass wir auf Landesebene angesiedelte Weichenstellungen nicht aus dem Auge verlieren wollen, um entsprechende Vorschläge im Vorfeld diskutieren und einbringen zu können.

Das nächste Treffen ist für den 22. Januar 2025 vorgesehen und dann alle zwei Monate in Präsenz geplant. Weitere Interessenten sind jederzeit herzlich willkommen! Wendet Euch hierfür bitte an die Kreisgeschäftsstelle bzw. unseren Kreisgeschäftsführer, Christian Schleppele.

# DIE AKs DIGITALISIERUNG UND MOBILITÄT ZU BESUCH IN DER INTEGRIERTEN VERKEHRSLEITZENTRALE



**Wolf Dieter Dallinger**  
Vorsitzender AK Mobilität

Die beiden AKs Digitalisierung und Mobilität planen mit Blick auf das Landtagswahlprogramm ein Positionspapier zum Thema „Integrierte intelligente digitale Verkehrssteuerung und autonome Busse und Bahnen im ÖPNV“.

Als Auftakt zur Erfassung des Ist-Standes besuchten zehn Mitglieder der beiden AKs am 6. November 2024 die Integrierte Verkehrsleitzentrale (IVLZ) der Landeshauptstadt Stuttgart am Wasen in Bad Cannstatt. Deren Leiter Ralf Thomas stellte uns die Organisation und das Portfolio der IVLZ vor und gab uns einen Überblick über Zukunftsthemen. Anschließend gab es die Möglichkeit zu Fragen und Austausch. In der IVLZ arbeiten alle am operativen Verkehr beteiligten Institutionen in einer Leitzentrale zusammen: das Amt für öffentliche Ordnung, das Tiefbauamt, das Polizeipräsidium und die Stuttgarter Straßenbahnen.

Das Amt für öffentliche Ordnung hat die Leitung inne und kann Maßnahmen als Reaktion auf teil- und ungeplante Ereignisse sofort rechtlich anordnen. Dies kann zum Beispiel eine Umschaltung auf andere Ampelprogramme sein, um den Verkehr um eine Problemstelle herumzuleiten. Dieser integrierte Ansatz ist in Deutschland einzigartig. Wir konnten viele Eindrücke mitnehmen und bedanken uns bei Ralf Thomas für den interessanten Abend. Als nächster Außentermin ist ein Besuch beim Reallabor für automatisierten Busbetrieb in Friedrichshafen angedacht.

Sie möchten beim Positionspapier mitarbeiten oder interessieren sich für den Außentermin? Nehmen Sie z. B. per Mail mit den AKs Kontakt auf: [ak-digitalisierung@fdpstuttgart.de](mailto:ak-digitalisierung@fdpstuttgart.de) und [ak-mobilitaet@fdpstuttgart.de](mailto:ak-mobilitaet@fdpstuttgart.de).



→ Mitglieder der beiden Arbeitskreise in der Integrierten Verkehrsleitzentrale

# DAS GEPLANTE FLÜCHTLINGSWOHNHEIM IN DER LENBACHSTRASSE



**Claudia Schober**  
Stv. Stadtgruppenvorsitzende Nord

Wie bereits in der letzten Ausgabe von Stuttgart liberal angekündigt, fand am 6. November 2024 in Feuerbach eine Informationsveranstaltung der Stadt Stuttgart zum geplanten Flüchtlingswohnheim in der Lenbachstraße, auf dem Parkplatz P24 beim Höhenfreibad, statt.

Die Veranstaltung war mit ca. 80 Gästen, hauptsächlich Anwohnern aus der direkten Nachbarschaft des geplanten Standorts an der Bezirksgrenze von Feuerbach und Stuttgart-Nord, sehr gut besucht. Auch die Stadt Stuttgart war mit Bürgermeister Fuhrmann sowie Vertretern des Liegenschaftsamts, des Sozialamts sowie der SWSG gut vertreten, ebenso wie die FDP Stuttgart, um den städtischen Vertretern auf den Zahn zu fühlen.

Nach einer kurzen Darstellung der städtischen Situation in der Flüchtlingsunterbringung durch BM Fuhrmann sowie einer Präsentation der SWSG der am Standort geplanten Wohnmodule erhielten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, ihre Fragen und – zumeist – Bedenken hinsichtlich des Standorts zum Ausdruck zu bringen:

- › fehlende Infrastruktur wie ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten, dringende Nutzung des Parkplatzes im Sommer für die Besucher des Höhenfreibads, Nutzung ganzjährig als Entlastung für den darunterliegenden, sehr engen Burghaldenweg, Erschließungsweg für Rettungskräfte für die unterhalb in 2. Reihe stehenden Gebäude. => Dieser Sachverhalt wird lt. BM Fuhrmann bei der weiteren Prüfung des Standorts einbezogen.
- › Sicherheitsbedenken verschiedener Art, insbesondere Befürchtung, dass geplante Belegung der Unterkunft mit ca

einem Drittel Alleinreisenden, wohl zumeist männlichen Flüchtlingen mit muslimischem Hintergrund, gegenüber eines Freibads im Sommer für die dann leicht bekleideten Frauen und Mädchen zu einem Sicherheitsrisiko werden könnte.

- › vom Bezirk Feuerbach vorgeschlagener Alternativstandort beim Sportpark mit besserer Infrastruktur und mehr Platz für mehr Modulbauten und mehr Menschen: vom Liegenschaftsamtsamt geprüft, wegen Wasserwirtschaftsgesetz verworfen, da Standort im Bereich eines Überschwemmungsgebiets HQ100. (Überschwemmung alle ca. 100 Jahre möglich). => Ein Anwohner merkte an, dass der vorgeschlagene Alternativstandort am Rande, jedoch nicht im Überschwemmungsgebiet liege, worauf von städtischer Seite jedoch nicht mehr eingegangen wurde.
- › Baukosten für die Modulbauten lt. SWSG bei 5.000 bis 6.000 € pro qm – wie im konventionellen, gehobenen Wohnungsbau (inkl. Tiefbau und Grundstückskosten), durch geringeren Flächenverbrauch (ca. 11 qm pro Person) Unterbringung von mehr Menschen, Standzeit zunächst 3 Jahre, ggf. Verlängerung um weitere 3 Jahre => Die Idee der konventionellen Bebauung bei der allgemeinen Wohnungsknappheit von der Stadt an diesem Standort für nicht möglich erachtet (Kaltluftschneise, daher keine dauerhafte Bebauung möglich). Warum eine mindestens 6-jährige temporäre Bebauung die Kaltluftschneise nicht beeinträchtigt, blieb unbeantwortet.
- › Betreuung des Standorts auf Basis des Personenschlüssels mit einer 70%-Stelle als Ansprechpartner für die 76 Bewohner der Unterkunft und die Anwohner.





→ **FDP-Vertreter: Dr. Cornelius Hummel, Claudia Schober, Angelika Barwasser, Jürgen Reichert, Celine Reichert (v.l.n.r.)**

Aus Sicht vieler Anwesender wurden einige Fragen nicht oder nur unzureichend oder ausweichend beantwortet, so dass die "Alibiveranstaltung" – wie von einigen im Anschluss wütend bezeichnet – nicht dazu beigetragen hat, das Vertrauen in die Stuttgarter Stadtverwaltung und damit auch die amtierende Politik zu steigern. Leider gelang es den städtischen Vertretern nicht, überzeugend zu erläutern, warum ein schlecht erschlossener und kleiner Standort besser geeignet sein soll als ein vom Bezirk vorgeschlagener, größerer Alternativstandort, der die Nachteile des Standorts Lenbachstraße aufwiegt.

Generell entstand der Eindruck, dass die Stadt ohne Rücksicht auf die Bedenken und Sorgen der Anwohner entscheidet, so dass die Akzeptanz und das Verständnis für den sog. „Stuttgarter Weg“, die dezentrale Flüchtlingsunterbringung zur gleichmäßigen Belastung aller Stadtteile, zunehmend zu schwinden scheint. Daher war der Grundtenor der Anwesenden im Anschluss an die Veranstaltung nicht sehr positiv und ein nicht kleiner Teil der Anwohner scheint fest entschlossen, den Standort möglichst zu verhindern, min-

destens jedoch so lange zu verzögern wie möglich.

Die mittlerweile hohe und weiter zunehmende Zahl an aufzunehmenden Menschen, gepaart mit der Erkenntnis, dass es sich unter den aktuellen Umständen nicht mehr um eine temporäre Herausforderung handelt, zeigt die Grenzen des

„Stuttgarter Wegs“ auf und verlangt nach neuen Lösungsvorschlägen, wenn wir die Spaltung unserer Gesellschaft durch die Herausforderungen der Migration vermeiden wollen. Wir als FDP haben hierfür bereits Maßnahmen formuliert.

Denn nur, wenn wir es schaffen, die Migration in unser Land zu kontrollieren und so zu steuern, dass sie uns zugute kommt, werden wir einen weiteren Zulauf von enttäuschten Bürgerinnen und Bürger zu radikalen Positionen außerhalb der demokratischen Mitte vermeiden und unsere freiheitliche, demokratische Lebensweise verteidigen können.

# MIT PLAN, PUNSCH UND PIZZA: DIE LANGE NACHT DER PLAKATE DER STADTGRUPPE STUTTGART MITTE/SÜD



**Juliane Becker**  
Stv. Stadtgruppenvorsitzende Mitte/Süd

Der ganz große Vorteil eines Winter-Wahlkampfes? Man kann endlich auch in Stuttgart seine Ski-Unterwäsche tragen. Ganz schwäbisch, marktwirtschaftlich betrachtet, ein echter Game-Changer, da sich so die Kosten-Nutzen-Rechnung – Cost per Wear – der meist nicht kostenneutralen Funktionskleidung ordentlich relativiert. Absolut liberal und passend zum Wirtschafts-Claim unserer aktuellen Plakatkampagne. Und vielleicht war es genau dieser Spirit, der an einem frostigen Samstagabend im Januar so viele Mitglieder der Stadtgruppe Mitte/Süd in die Tiefgarage von **Benedikt** und **Barba Zimmermann** führte.

Zu tun gab es mehr als genug: 550 Plakate und mehrere tausend Kabelbinder mussten miteinander vereint werden – friedlich und präzise. Und dann doch verblüffend schnell, dank arbeitsteiliger Gruppenarbeit. Einige befestigten die Plakate aneinander, andere sicherten die Kabelbinder, und wieder andere organisierten Materialnachschub oder kümmerten sich um die kreative Positionierung der Kampagnenbotschaften. In der kurzen Pause gab es heißen Punsch und eine großzügige Pizza-Lieferung – auch Motivation braucht ihre Grundlagen.

Mit Einbruch der Nacht begannen die Teams in kleinen Gruppen aus zu schwärmen. Zu Fuß, mit der Bahn oder mit voll beladenen Automobilen streiften wir durch den gesamten Bezirk und bestückten Straßenlaternen, sonstige Masten und freie Flächen mit Plakaten. Natürlich nach den von Stadtgruppen-Vorstand Benedikt Zimmermann zuvor erläuterten Regeln (keine Bäume, nix Kreuzung, ohne Ampeln). Der Bezirk wurde quasi erobert – bis in die frühen Morgenstunden. Während die Temperaturen weiter fielen, wärmte sich die Stimmung mit Galgenhumor und mit ech-



tem und dem gemeinsamen Ziel: Jede freie Fläche zu nutzen, bevor das die Mitbewerber tun.

Mancher Teilnehmer kam dabei auch an seinem eigenen Zuhause vorbei. Mit einem kurzen, neidischen Blick auf die erleuchteten Fenster, die Heizung und Ruhe versprachen, für einen Moment innehalten – um dann umso entschlossener weiterzumachen.

Und so entstanden in dieser Nacht nicht nur hunderte von Plakaten, sondern auch eine Atmosphäre, die das Gefühl von Gemeinschaft und Engagement innerhalb der Stadtgruppe erlebbar machte. Wenn das keine fünf Prozent Hürde verdient, und ehrlicherweise sogar mehr, dann wissen wir es auch nicht.

## LESEN IM FREIEN!



**Michael Sommerer**  
Bezirksbeirat Mühlhausen

Die Stadtteilbibliothek Freiberg ist seit Jahrzehnten eine Institution im Kaufpark Freiberg. Leider gibt es aktuell keine Möglichkeit, in den Sommermonaten auch einmal im Freien ein gutes Buch zu lesen. Allerdings gibt es direkt an der Stadtteilbibliothek eine Freifläche, welche derzeit ungenutzt als Schotterfläche fungiert. In der Stadtteilbibliothek Neugereut wird der Lesegarten sehr gerne angenommen, diese Möglichkeit soll auch in Freiberg ermöglicht werden. Im Rahmen der Umgestaltung zu einem Lesegarten kann auch das Kunstwerk „Sieben Bücher aus Stein“ von Johan-

nes Trosse im Außenbereich der Stadtteilbücherei noch mehr zur Geltung kommen. Im Bezirksbeirat Mühlhausen haben wir den Antrag gestellt, die Stadtverwaltung möge bitte prüfen und aufzuzeigen, ob und bis wann es eine umsetzbare Möglichkeit gibt, für die Stadtteilbibliothek im Kaufpark Freiberg einen Lesegarten einzurichten.

Der Antrag wurde einstimmig im Bezirksbeirat angenommen, nun erwarten wir die Reaktionen der Stadtverwaltung. Aktive Politik vor Ort.



→ **Schottergarten der Bibliothek mit Kunstwerk**



# AUS DER STADTGRUPPE NORD



**Wolf Dieter Dallinger**  
Stadtgruppenvorsitzender Nord

## **VERKEHRSSITUATION IN DER WEIßENHOF-SIEDLUNG WÄHREND DER IBA 2027**

Mitte Oktober war der Bezirksbeirat Nord auf einem Außentermin in der Weißenhofsiedlung. Angesichts der Internationalen Bauausstellung 2027 mit ihren vielen erwarteten Besuchern stand der Ruf nach einer Verkehrsregelung im Raum, die sowohl die Anwohner als auch die Besucher im Blick hat. Erwartungshaltung der anwesenden Bürger war, dass sie weiterhin ihre Autos auf den Straßen vor ihren Häusern und Wohnungen in und um die Weißenhofsiedlung parken können. Das ist auch die Ansicht unserer Bezirksbeiräte **Angelika Barwasser** und **Wolf Dieter Dallinger**.

Es sind zwei mögliche Lösungen in die Diskussion eingebracht worden: reines Anwohnerparken und eine Schrankenlösung. Letztere erschwert allerdings die Anlieferung von Waren. Zweiter Punkt des Abends war der Wunsch von Anwohnern nach einem besseren Überweg über die Robert-Mayer- und die Birkenwaldstraße auf der Südseite der Hermann-Lenz-Höhe.



→ **Außentermin in der Weißenhofsiedlung: Bezirksbeirätin Angelika Barwasser und die Bezirksvorsteherin Sabine Mezger**

## **MARIA KALB, SUSANNE WINKLER UND CHRISTIAN BERNHARDT ZU GAST IN DER OKTOBERSITZUNG**

Ende Oktober fand unsere Stadtgruppensitzung zum ersten Mal im Nebenraum des „Al Campo“ beim MTV Stuttgart 1843 e.V. statt. Sehr leckere Pizza!

Unser herzlicher Dank gilt unseren großartigen Gästen **Maria Kalb**, **Susanne Winkler** und **Christian Bernhardt**, die uns über die Europa-Union Stuttgart, die Liberalen Frauen, den Arbeitskreis Digitalisierung der FDP Stuttgart und den Landesfachausschuss Digitales der FDP Baden-Württemberg berichtet haben. Ein sehr interessanter Abend!



→ **Oktobersitzung: links in der Tischmitte unsere Gäste Christian Bernhardt, Maria Kalb und Susanne Winkler**

## **KLAUSUR DES STADTGRUPPENVORSTANDES**

Ende Oktober fand die erste Vorstandsklausur der FDP Stuttgart-Nord in der aktuellen Vorstandsperiode 2024–2026 statt. Viele Vorhaben wurden beschlossen und auf den Weg gebracht und Aufgaben verteilt.



Eines der Vorhaben ist eine neue Veranstaltungsreihe, die mit einem Vortrag von Renata Alt MdB zum Thema „Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für Deutschland und Europa“ beginnt. Einen Rückblick dazu wird es in der nächsten Ausgabe von Stuttgart liberal geben.

### **INFOVERANSTALTUNG ZUM THEMA FLÜCHTLINGSWOHNHEIME**

Anfang November lud Bürgermeister Thomas Fuhrmann die Bezirksbeiräte Feuerbach und Nord und die Bürger der beiden Stadtbezirke zu einer Infoveranstaltung zum Thema Flüchtlingswohnheime ein, insbesondere dem in der Lenbachstraße in Feuerbach unmittelbar an der Bezirksgrenze zu Nord.

Etwa 80 Bürger waren gekommen. Diese äußerten ihre Bedenken zu diesem Standort. U. a. die schlechte Erschließung durch Bus und Bahn, die fehlende Infrastruktur wie Einkaufsläden und die im Sommerhalbjahr überfüllten, aber nun wegfallenden Parkplätze für das Höhenfreibad waren Thema. Das Hauptargument gegen einen Ersatzstandort wurde aus der Bürgerschaft entkräftet, weiter eingegangen wurde darauf aber nicht.

Aus Sicht vieler Anwesender wurden einige Fragen nicht oder nur unzureichend oder ausweichend beantwortet, sodass die „Alibiveranstaltung“ – wie von einigen im Anschluss wütend bezeichnet – nicht dazu beigetragen hat, das Vertrauen in die Stuttgarter Stadtverwaltung und damit auch die amtierende Politik zu steigern.



→ **Infoveranstaltung Flüchtlingswohnheime: Stadtrat Dr. Cornelius Hummel, stv. Vorsitzende der Stadtgruppe Nord Claudia Schober, Bezirksbeirätin in Nord Angelika Barwasser, Bezirksbeirat in Feuerbach Jürgen Reichert und Celine Reichert**

### **BESTELLUNG UNSERER BEZIRKSBEIRÄTE UND: WIR STELLEN DIE STELLVERTRETENDE BEZIRKSVORSTEHERIN!**

In der konstituierenden Sitzung des Bezirksbeirates Nord Mitte November wurde unser bisheriges Team Angelika Barwasser und Wolf Dieter Dallinger wie in der Wahlperiode zuvor wieder zur ordentlichen Bezirksbeirätin bzw. zum stellvertretenden Bezirksbeirat bestellt.

Doch damit nicht genug: In der Folgesitzung Ende November wurde Angelika Barwasser zudem zur stellvertretenden Bezirksvorsteherin gewählt. Es ist das erste Mal seit Jahrzehnten, dass die FDP in einem Bezirksbeirat wieder dieses Amt bekleiden darf.

Wir wünschen den beiden viel Erfolg in den kommenden fünf Jahren!

### **INFOSTAND LANDTAG VERKLEINERN**

Mitte November fand der Aktionstag zum Volksbegehren „Landtag verkleinern“ in ganz Baden-Württemberg statt. Das neue Wahlgesetz der grün-schwarzen Landesregierung bläht den Landtag auf bis zu 220 Mitglieder auf.

Heute sind es 154 Abgeordnete, Sollziel der Landesverfassung sind lediglich 120 Abgeordnete. Mehr Abgeordnete brauchen mehr Platz und mehr Mitarbeiter in ihren Büros und bei der Landtagsverwaltung. Das sind pro Legislaturperiode bis zu 200 Mio. € verschwendete Steuergelder laut Landesrechnungshof!



→ **Infostand zum Volksbegehren: Wolf Dieter Dallinger, Claudia Schober, Armin Serwani und Heike Henzler**

Vormittags war die FDP Stuttgart-Nord im Stadtbezirk mit Infoständen unterwegs. Mittags dann gemeinsam mit vielen anderen am zentralen Stand der FDP Baden-Württemberg auf dem Schlossplatz. Dort waren unsere Landtagsabgeordnete **Julia Goll** MdL und der Organisator des Volksbegehrens **Dr. Dieter Distler** dabei und haben die Bürger über die grün-schwarze Geldverschwendung informiert.

Hier können Sie mehr zum Volksbegehren „Landtag verkleinern“ erfahren und wie Sie daran noch bis zum 11. Februar 2025 teilnehmen können: [www.landtag-verkleinern.com](http://www.landtag-verkleinern.com)

### **JUDITH SKUDELNY MDB UND STEFAN FISCHER ZU GAST IN DER NOVEMBERSITZUNG**

Im November fand unsere Weihnachtssitzung statt. Wir hatten zwei Gäste für diesen Abend eingeladen:

Judith Skudelny MdB, unsere Bundestagsabgeordnete und baden-württembergische Spitzenkandidatin, berichtete uns zum Ampel-Aus und zur Bundestagswahl mit anschließender Diskussion.

Stefan Fischer, der Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Stuttgart, stellte uns die Jugendorganisation der FDP vor.

Herzlichen Dank an unsere beiden großartigen Gäste!

Drittes Thema des Abends war die Landtagswahl 2026. Denn am 1. Februar 2025 steht bereits die Kreismitgliederversammlung zur Kandidatenaufstellung an.



→ **Weihnachtssitzung: unsere Gäste Stefan Fischer (links) und Judith Skudelny (rechts) mit dem Stadtgruppenvorsitzenden Wolf Dieter Dallinger**

### **WEIHNACHTSMARKTBESUCH IM DEZEMBER**

Im Dezember ging es auf den Stuttgarter Weihnachtsmarkt. Zuerst bei Wind und Regen dank Reservierung etwas geschützt unter einer Laube. Im Anschluss ließen wir den Abend im Ratskeller ausklingen. Je weiter der Abend fortschritt, desto mehr Gäste aus anderen Stadtgruppen gesellten sich zu uns.

### **PLAKATIERUNG**

In der Nacht vom 11. auf den 12. Januar 2025 stand wieder Plakatieren für den Bundestagswahlkampf auf dem Programm. Los ging es wie üblich mit der Planung von Teams und Routen bei lecker Essen, dieses Mal im „Al Campo“, wo wir seit kurzem unsere Stadtgruppensitzungen abhalten.

Nachdem die Plakate auf die Autos verteilt waren, ging es mit neun Plakatierern und fünf Autos los. Auffällig: Die Konkurrenz scheute wohl stellenweise die Minustemperaturen, sodass wir auf manchen Routen freie Auswahl hatten. 250 Plakate später fand sich noch ein Teil der Plakatierer zu heißer Schokolade an der Helfferichstraße ein. Ein guter Abschluss einer arbeitsamen Nacht und ein toller Auftakt für den Wahlkampf in unserem Stadtbezirk.



→ **Die Plakatierer bei der Planung: Dr. Susanne Pioch, Dr. Markus Martin, Daniel Pfeiffer, Wolf Dieter Dallinger, Armin Serwani, Felix Karcher, Claudia Schober, Dr. Frank Finzenhagen und Daniel Flad**

### **WAHLKAMPFSTÄNDE**

Unsere Infostände im Bundestagswahlkampf finden bei geeignetem Wetter jeden Samstag von 9:30 bis 13:00 Uhr statt. Wir sind jede Woche beim Edeka im Herdweg, an der Helfferichstraße und vor der Killesberghöhe. Details, wann wir genau wo stehen, entnehmen Sie bitte dem Veranstaltungskalender der FDP Stuttgart: [www.fdp-stuttgart.de/termine](http://www.fdp-stuttgart.de/termine).

## STARKER GASTREDNER IN BAD CANNSTATT



**Frank Bantle**  
Stadtgruppenvorsitzender Ost

Er ist einer der Top-Steuer- und Finanzexperten der Partei. Er war parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium unter Christian Lindner. Er war im Wirecard-Untersuchungsausschuss als FDP-Obmann einer der kündigungstunsten Aufklärer. Die Rede ist von unserem Parteimitglied **Dr. Florian Toncar** MdB. Als sich das Orga-Team der Stadtgruppen Bad Cannstatt, Neckarvororte und Ost an die Planung des zweiten Neujahrsempfang machte und Toncar als möglicher Gastredner vorgeschlagen wurde, gab es sofort ein einstimmiges Ja. Mehr wie 30 Gäste kamen dann auch ins Kursaal Restaurant, um mit dem Bundespolitiker über die Ampel-Ära, die Fehler bei Infrastrukturprojekten und die überbordende Bürokratie in Berlin und Brüssel zu diskutieren.



→ **Gastredner und Gastgeber (v.l.n.r.): Frank Bantle, Mareike-Kathrin Bolsinger, Dr. Florian Toncar, Christian Bernhardt und Dr. Timur Lutfullin.**

### RENTENGERECHTIGKEIT BEWEGT

Florian Toncar zeigte auf, wo Steuergelder hinfließen, wo sie dringend gebraucht werden und warum das Rentensystem reformiert werden muss. Vorsorge und teils ungleiche Rentenversprechen bewegte die Gäste, viele Fragen gab es dazu an den Referenten. Als Wahlkämpfer freute er sich über Robert Habecks Aussagen, auf Kapitalerträge noch Sozialabgaben erheben zu wollen. Das zeige, wie die Grünen über private Vorsorge wirklich denken und wie sie alle Tricks bemühen, um Gelder für ihre Wohlfühlpolitik zu akquirieren. Seine Antwort: Liberale wollen den Menschen Lust auf private Investments machen – als Ergänzung zur Staatsrente und als Stärkung der Eigenverantwortlichkeit. Eine klare Absage erteilte er weiteren Sozialausgaben und dem Denken vieler rot-grüner Politiker, dass der Staat alles kann. Toncar: „Nur ein schlanker Staat ist ein starker Staat!“

Der Abend war ein gelungener Wahlkampfauftakt für die Stadtgruppen. Ein Dank geht an **Mark Wiczorrek**, unserem FDP-Bundestagskandidaten im Wahlkreis 2. Er hielt trotz eines Folgetermins eine kurze Ansprache und beantwortete Fragen.



# MOTIVIERT INS WAHLJAHR GESTARTET



**Frank Bantle**  
Stadtgruppenvorsitzender Ost

In der Stadtgruppe Ost waren die letzten Monate Abgänge zu verzeichnen. Auch **Dr. Thilo Scholpp**, Beisitzer und eine wichtige, verlässliche Stütze bei Aktionen, hat die FDP und damit unser Team verlassen. Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft und zollen ihm Dank und Respekt für alles, was er für unsere Stadtgruppe getan hat. Doch wo eine Tür zugeht, geht eine neue auf. Glücklicherweise kamen Neumitglieder zu uns, die sich einbringen wollen.

Motiviert wuppten wir vor Weihnachten noch Infostände zum Volksbegehren „Landtag verkleinern“, und im Januar ging es nahtlos mit Wahlkampfständen weiter. Sehr erfreulich – für das Plakatieren wie für Standdienst und Flyer verteilen meldeten sich Mitglieder aus der Stadtgruppe, die bislang nicht aktiv waren. Sogar ein liberaler Sympathisant bot Hilfe an. Und mit **Dr. Helga Vetter** können wir auf eine er-

fahrene Wahlkämpferin zurückgreifen. Mit ihrem Mann zog sie nach einigen Jahren Hauptstadt nun zurück nach Stuttgart und hilft vom ersten Tag an in der Stadtgruppe mit.

Zum Plakatieren kam überraschend sogar **Armin Serwani** angefahren, unser neuer Bezirksvorsteher. Die Nacht zuvor war mit seiner Stadtgruppe Nord noch unterwegs. Mit **Martin Silberer** nahm er sich den Stadtteil Berg vor. Beide waren am längsten unterwegs.

„Mit Frauen und Männern jeden Alters zeigen wir Vielfalt auf der Straße und können so unterschiedliche Interessen im Gespräch bedienen“, freut sich Stadtgruppenvorsitzender **Frank Bantle** über die neuen Köpfe im Team. Alle sind motiviert im Osten und werden bis zum 23. Februar Vollgas im Wahlkampf geben. Alles lässt sich ändern.



→ Am Ostendplatz vor Weihnachten: Unterschriften gesammelt und mit Passanten diskutiert



→ Starttreffen für die Plakattouren im Stadtbezirk Ost



# VORTRAGSVERANSTALTUNG MIT RENATA ALT, MDB



**Wolf Dieter Dallinger**  
Stadtgruppenvorsitzender Nord

Am 21. Januar 2025 hieß die Stadtgruppe Nord die Teilnehmer zum Auftakt ihrer neuen Vortragsreihe im Brauerstüble in der Brauereigaststätte Dinkelacker herzlich willkommen. Für diesen Abend konnten wir die Bundestagsabgeordnete **Renata Alt** MdB zum Thema „Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für Deutschland und Europa“ gewinnen.

Etwa eine Stunde lang durften die Teilnehmer einem hoch interessanten Vortrag folgen. Renata Alt sprach unter anderem über die Situation in den USA unter dem neuen Präsidenten Donald Trump, über die europäische Energieversorgung, den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die europäische Nachkriegsordnung. Sie legte die Sichtweise Russlands und Chinas auf den Westen dar und die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China. Sie sprach über die weltweite Menschenrechtssituation und humanitäre Hilfe sowie ihre Erfahrungen bei Besuchen im Ausland, insbesondere in Schwellenländern oder den Golfstaaten. Nach einer Außenpolitik mit erhobenem Zeigefinger unter Annalena Baerbock plädierte sie abschließend für eine Rückkehr der Liberalen in das Außenamt, um das Ansehen Deutschlands mit kluger und diplomatischer Außenpolitik zu früherer Stärke zu führen und so die Rolle und Bedeutung unseres Landes, eingebettet in eine geeinte und starke europäische Union, in einer sich ändernden geopolitischen Gemengelage zwischen den Hegemonen USA und China zu behaupten.

Im Anschluss an den Vortrag hatten die Teilnehmer Gelegenheit, beim gemeinsamen Essen ihre Fragen und Gedanken in eine sehr rege, gemeinsame Diskussion einzubringen, für die Renata länger als geplant zur Verfügung stand.



**Claudia Schober**  
Stv. Stadtgruppenvorsitzende Nord

Unser herzlicher Dank gilt Renata Alt für diesen hoch spannenden und gleichzeitig sehr entspannten Abend!

Sie möchten über kommende Vortragsveranstaltungen der Stadtgruppe Nord informiert werden? Schreiben Sie bitte eine E-Mail an [sg-nord@fdpstuttgart.de](mailto:sg-nord@fdpstuttgart.de).



→ **Renata Alt, MdB und die beiden Moderatoren**



→ **Blick in die Runde**

# KEINE LEA IN STUTTGART!

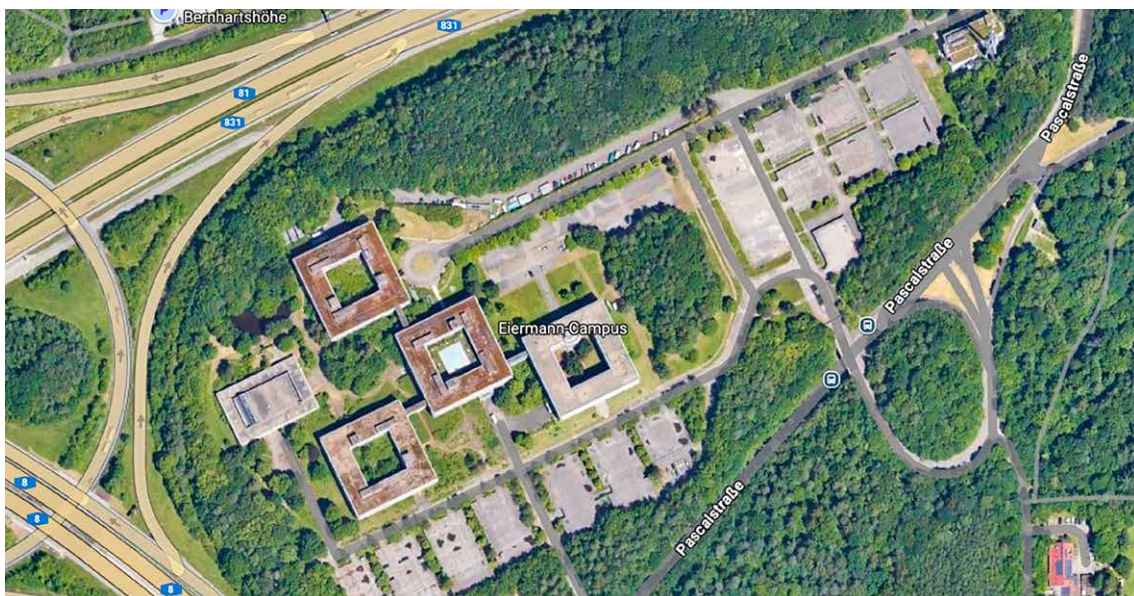


**Dr. Cornelius Hummel**  
Stadtrat

Bereits kurze Zeit nach dem Bekanntwerden der Gespräche des Landes Baden-Württemberg mit der Stadt Stuttgart und OB Frank Nopper, hat sich der Vorstand des Kreisverbandes gegen eine solche Landeserstaufnahmeeinrichtung (kurz LEA) in unserer Stadt ausgesprochen. Viele Jahre sind wir mit dem so genannten „Stuttgarter Weg“ gut gefahren, der die dezentrale Unterbringung in kleineren Einrichtungen über das ganze Stadtgebiet verteilt vorsieht. Auf diese Weise können die negativen Auswirkungen einer solchen Unterkunft minimiert werden. Eine LEA wie beispielsweise in Weilimdorf vom Land in der Prüfung, könnte dagegen etwa 1.300 Menschen aufnehmen. Das neben der projektierten Immobilie liegende Hotel Holiday Inn könnte noch mal bis

zu 240 Personen zusätzlich aufnehmen. Neben dem oben angesprochenen Standort in Weilimdorf, prüft das Land auch das Schoettle-Areal in Stuttgart-Süd, den Eiermann-Campus in Vaihingen, die Augsburgener Straße 712 in Oberürkheim und die Neckarstraße 153/155 in Bad Cannstatt. Welcher Standort in der Prioritätenliste des Landes oben steht ist schwer zu sagen. Allerdings laufen für die Objekte in Weilimdorf und Untertürkheim bereits Bauvoranfragen.

Im Gemeinderat hatten wir als FDP-Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht, dass der Rat eine solche Einrichtung in der Landeshauptstadt ablehnen möge. Die finale Entscheidung wäre weiterhin beim Land getroffen



→ **Das Eiermann-Areal in Vaihingen**

## **WAS IST EINE LANDESERSTAUFNAHMEEINRICHTUNG?**

Die Landeserstaufnahmeeinrichtungen sind die Orte, in denen Geflüchtete und Asylbewerberinnen und -bewerber die ersten Schritte ihres Asylverfahrens in Deutschland durchlaufen. Dazu gehört die Aufnahme, Registrierung, Gesundheitsuntersuchung, erkennungsdienstliche Behandlung, Asylantragsannahme und die Anhörung in den notwendigen ausländerrechtlichen Verfahren. Die Verfahren, und damit die Aufenthalte für Asylbewerberinnen und Bewerber in der LEA, können bis zu 18 Monate dauern.

## **DIE ERSTEN SCHRITTE IN DER EINRICHTUNG**

Bei Ankunft in einer LEA bekommen die Asylbewerberinnen und -bewerber einen sog. Übernachtungsausweis. Damit erhalten sie einen Schlafplatz, Verpflegung sowie eventuell notwendige medizinische Versorgung und bei Bedarf Bekleidung. In der folgenden Registrierung wird anhand des sogenannten Königsteiner Schlüssels, der Geflüchtete gerecht auf verschiedene Bundesländer verteilen soll, festgestellt, ob jemand in Baden-Württemberg bleiben kann oder in ein anderes Bundesland weiterreisen muss.

## **WER IST FÜR DIE LEA ZUSTÄNDIG?**

Die Erstaufnahmeeinrichtungen werden von den jeweils zuständigen Regierungspräsidien betrieben. Die Regierungspräsidien sind dabei die Kontaktstelle zwischen den Landesregierungen und den Kommunen. Um die Verpflegung, Sicherheit und medizinische Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner sicherzustellen, sind hier aber auch private Dienstleister, wie beispielsweise für das Catering, im Einsatz.

worden, aber OB Nopper hätte mit dem Votum bei den Verhandlungen den Rat hinter sich gewusst, wenn er sich gegen die Ansiedlung ausspricht. Leider wurde der Antrag mit 29 Zustimmungen und 31 Ablehnungen, trotz der Unterstützung des OB, letztendlich abgelehnt. Ein entsprechend gegenläufiger Antrag der ökosozialen Mehrheit fand hingegen eine knappe Mehrheit. Die Stadtverwaltung soll sich nun für die Ansiedlung einer LEA einsetzen und das Land aktiv bei der Suche nach einem geeigneten Standort in Stuttgart unterstützen. Spannend war bei den Wortmeldungen der Antragsteller, dass unisono auf das entsprechende LEA Privileg abgestellt wurde. Also die Befreiung von einem Teil der regulären Zuweisungen an Flüchtlingen, wenn hier eine solche Einrichtung angesiedelt werden würde. Auch die Tatsache, dass die Kosten für die Einrichtung ja vom Land getragen werden, führten die Unterstützer an. Interessant ist diese Argumentation, da die Gruppe im Rat in der Vergangenheit auch die sog. Initiative Seebrücke mit zusätzlichen freiwilligen Aufnahmen, über das normale Kontingent des Königsteiner Schlüssels hinaus, unterstützt hat, und nun bei der LEA auf eine Privilegierung und andere Kostenträger hinweist. Der Vollständigkeit halber sei gesagt, dass über die Seebrücke bisher keine zusätzlichen Flüchtlinge nach Stuttgart kamen. Nun müssen wir die weiteren Entwicklungen der Standortsuche des Landes in Abstimmung mit der Stadt abwarten. Es bleibt zu hoffen, dass die negativen Effekte einer solchen Großunterkunft nicht wie erwartet eintreten werden.

Was ist Ihre Meinung zum Thema LEA im Speziellen und Flüchtlinge in Stuttgart im Allgemeinen; schreiben Sie mir: [cornelius.hummel@stuttgart.de](mailto:cornelius.hummel@stuttgart.de)

## DIE KOSTEN FEST IM BLICK



**Gabriele Heise**  
Regionalrätin

Mit dem Beschluss über den Haushalt 2025 in der Regionalversammlung am 18. Dezember 2024 hat sich der Verband Region Stuttgart in die Weihnachtsferien verabschiedet, ab Mitte Januar beginnt die Arbeit in den Ausschüssen wieder.

Im Zuge der vorangegangenen Haushaltsberatungen und Beschlussfassungen in den einzelnen Ausschüssen waren wir uns als FDP-Fraktion vor allen Dingen im Verkehrsbereich, auf den wir den Schwerpunkt gelegt hatten, mit unseren Anträgen weitgehend erfolgreich.

Aktuell in aller Munde ist der „Grüne Tunnel“ als von namhaften Unternehmen der Region vorgeschlagene, weitgehend unterirdisch verlaufende Planungsalternative des „Nord-Ost-Ringes“, der bereits seit Jahren im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist. Grüne und Linke lehnen diese Umgehungsstraße, die zu einer spürbaren Entlastung der gesamten Region und vor allen Dingen auch der Landeshauptstadt Stuttgart vom Durchgangsverkehr führen würde, vehement ab. Landesverkehrsminister Hermann hat jüngst verlauten lassen, dass er es nicht einmal für angebracht hält, mit den Initiatoren der Planungsalternative „Grüner Tunnel“ ein Gespräch zu führen. Aus seiner Sicht sei der Nord-Ost-Ring, in welcher Ausgestaltung auch immer, völlig unrealistisch und aus der Zeit gefallen. Es könne heutzutage nicht mehr um den Bau neuer Straßen, sondern allenfalls den Erhalt bestehender Straßen gehen und ausschließlich um den Ausbau der Schiene und des ÖPNV. Welch eine ideologische Verblendung und welche Stillosigkeit! Diese Haltung lässt völlig außen vor, dass der Verkehr auf den Straßen der Region in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Das gilt nicht nur für den Individualverkehr, sondern auch für den Wirtschafts-

verkehr. Dass Unternehmen wie Stihl, Trumpf, Porsche, Bosch, Daimler, Mahle etc. zukünftig über Schiene statt Straße, mit Lastenfahrrad oder der S-Bahn beliefert werden, dürfte selbst Winfried Hermann nicht ernsthaft glauben. Und dass alle ihr Auto stehen lassen und sich in eine unzuverlässige S-Bahn oder auf den Fahrradsattel setzen, auch nicht ... Seine Ablehnung jeglichen Austausches über den „Nord-Ost-Ring“ zeigt, dass ihm die Unternehmen in der Region und deren Beschäftigte völlig egal sind. Klar, der Nord-Ost-Ring, in welcher Variante auch immer, wird nicht von heute auf morgen gebaut werden. Aber gerade weil Infrastrukturprojekte bekanntermaßen bis zu ihrer Realisierung viel Zeit brauchen, ist es umso wichtiger, zügig in ihre Planung einzusteigen. Und ja: der Nord-Ost-Ring wird viel Geld kosten, vor allen Dingen in der vorgeschlagenen Tunnelvariante. Aber dieses Geld ist gut angelegt, weil es die Region von Verkehr entlastet, Flächen schützt und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für Unternehmen wie Beschäftigte verbessert. Auch der von den Grünen favorisierte Ausbau der Schiene und des ÖPNV kostet Geld – viel Geld. Wir sehen das nicht nur bei Stuttgart 21, sondern auch bei jedem Ausbau der S-Bahn. Die Kosten für einen S-Bahn-Kilometer dürften mittlerweile die Kosten für einen Straßen-Kilometer übersteigen. Es ist also schlicht irreführend, wenn sich die Grünen auf der einen Seite zum Schützer der Steuerzahlen aufschwingen und die Kosten für Straßenbau als zu hoch brandmarken, auf der anderen Seite aber über massive Kosten für den Ausbau der Schiene geflissentlich das Mäntelchen des Schweigens gelegt wird und diese dem Steuerzahler wie selbstverständlich zugemutet werden.

Wir stehen zu unserem „Ja“ zum Nord-Ost-Ring und unterstützen den Vorschlag eines „Grünen Tunnels“. Gemeinsam





## **Verband Region Stuttgart**

mit CDU und Freie Wähler haben wir uns auch in der Regionalversammlung dazu noch mal sehr klar positioniert und unseren gemeinsamen Antrag „Grüne Tunnel sachgerecht prüfen“ mehrheitlich verabschiedet. Die Regionalversammlung distanziert sich damit sehr deutlich von der Haltung der Landesregierung, allen voran ihres Verkehrsministers. Wir werden an dem Thema dran bleiben.

Ebenfalls gemeinsam mit CDU und Freie Wähler haben wir in der Regionalversammlung ein klares Zeichen gegen das Landesmobilitätsgesetz gesetzt und dieses insgesamt abgelehnt. Leider hat sich die CDU im Landtag anders entschieden und zusammen mit den Grünen das Gesetz verabschiedet. Das zeigt: auf die CDU im Land ist kein Verlass, sie steht auf Landesebene unter der Knute ihres grünen Koalitionspartners. Zeit, dass sich das 2026 ändert!

Dank unseres Antrages, die Expressbus-Mittel für Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu senken, konnten im Verkehrshaushalt 150.000,00 € eingespart werden. Das ist angesichts des Gesamtkreditvolumens von 13,1 Mio. für den Verkehrssektor zwar nur ein sehr geringer Betrag, aber immerhin: wir sind die einzige Fraktion, die überhaupt Sparvorschläge gemacht hat und damit erfolgreich war. Wir werden diese Linie der Sparsamkeit selbstverständlich weiter verfolgen.

Auch unser Antrag, ein Konzept für die Zusammenlegung von Tarifverbänden in der Region zu erarbeiten, war, zumindest in weiten Teilen, erfolgreich. Der Verband wird sich mit der Frage weiter befassen und uns in einem ersten Schritt über die aktuelle Situation in den einzelnen Verbänden und möglichem Einsparpotenzial berichten. Ziel unseres Antrages war es, die Diskussion über Einsparmög-

lichkeiten nach Einführung des Deutschlandtickets anzustoßen. Aus unserer Sicht braucht es nicht mehr in jeder Kommune und jedem Landkreis einen eigenen Verbund und unterschiedliche Tarife. Vieles, was bisher angeboten wurde, wird vom Deutschlandticket abgedeckt. Da ist es nur konsequent, wenn auf Ebene der Verbände entschlackt und eingespart wird und Doppelstrukturen abgebaut werden – bis hin zu den Vorständen.

Leider keine Mehrheit haben wir im Verkehrsausschuss und der Regionalversammlung bekommen für unseren Antrag, das Kostenrisiko beim Ausbau des S-Bahn-Angebotes durch die Einführung eines externen Controllings zu minimieren. Wir halten ein solches Controlling für dringend erforderlich, denn bisher sind die Kosten beim Ausbau des S-Bahn-Angebotes stets explodiert. Lediglich die Freie Wähler teilen unsere Skepsis gegenüber den jeweils handelnden Akteuren, die Mehrheit in der Regionalversammlung sieht keine Notwendigkeit für ein besseres Controlling. Der Steuerzahler wird also weiterhin Mehrkosten, auch, wenn sie vermeidbar gewesen wären, tragen müssen. Wir werden das sicherlich nicht tatenlos hinnehmen und weiterhin darauf achten, dass Kostenkalkulationen möglichst eingehalten werden. Und in gut 10 Monaten beginnen die nächsten Haushaltsberatungen ...

# FLÜCHTLINGE, FEUERWEHR UND FEHLPLANUNGEN



Friedrich Haag  
MdL

Das Land lässt trotz zahlreicher Gegenstimmen aus Bevölkerung und Bezirksbeiräten nicht davon ab, eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Flüchtlinge in Stuttgart errichten zu wollen. Vor allem Weilimdorf rückt in den Focus. Über das Regierungspräsidium ließ Migrationsministerin Marion Gentges vor Weihnachten mitteilen: „Die potenziellen Standorte in Weilimdorf werden, insbesondere mit Blick auf mögliche Synergien und unter vorübergehender Zurückstellung der anderen in Stuttgart in Prüfung befindlichen Standorte, priorisiert untersucht.“ Alle vier Objekte liegen im Industriegebiet nahe der S-Bahn-Station, unweit des Stadtteils Hausen: ein Bürogebäude im Mittleren Pfad 13–15, ein Hotel im Mittleren Pfad 25 und zudem zwei weitere Office-Häuser im Mittlerer Pfad 9 und 19 (Hauptsitz

der Vereinigten Postversicherung). Ich lehne für diesen Stadtbezirk eine LEA generell ab. Schon jetzt leben hier weit mehr als 1.000 Geflüchtete. Mit einer weiteren Einrichtung würde diese Zahl auf 2.000 oder mehr ansteigen. Damit wird eindeutig die Belastungsgrenze in Weilimdorf überschritten und der soziale Frieden vor Ort vorsätzlich aufs Spiel gesetzt. Mit einer LEA wird sich die teilweise kritische Sicherheitslage vermutlich weiter verschlechtern, insbesondere im unmittelbaren Umfeld der Einrichtung. Was wir stattdessen dringend benötigen, ist eine nachhaltige Stadtentwicklung mit Wohnen, Pflege und Gewerbe. Ich werde als Landtagsabgeordneter und Stadtrat weiter alles tun, um eine LEA in Stuttgart zu verhindern. Das gilt auch für den Eiermann-Campus in Vaihingen, das Schoettle-Areal im Süden sowie Büroimmobilien in Obertürkheim (Augsburger Straße 712) und Bad Cannstatt (Neckartalstraße 153).



→ Dieses Hotel in Weilimdorf wird für eine LEA untersucht

## KLIMAPOLITIK AUF BIEGEN UND BRECHEN

In der Energiepolitik hält die Landesregierung stur an ihren hochgesteckten, nicht realisierbaren Zielen fest. So wurde bekannt, dass im vergangenen Jahr von den angekündigten 100 Windrädern nur acht Anlagen in Baden-Württemberg in Betrieb gingen. Die Versprechungen der Grünen erweisen sich erneut als realitätsferne Wunschträume. Der stockende Windkraftausbau zeigt, dass Bürokratie und ineffiziente Planungsverfahren die größten Hemmnisse für den Klimaschutz darstellen. Ebenfalls mehr als fragwürdig: Das Land will eine PV-Anlage auf dem Dach des Landtags installieren. Über Nachfrage beim Finanzministerium habe ich erfahren, dass sich die Fertigstellung verzögert und die Kosten steigen werden. Grund: Die Anlage soll auf dem denkmalgeschützten Gebäude möglichst "zurückhaltend" sein, weshalb besondere und damit teure Solarpanels angeschafft werden



→ **Auf dem Landtagsdach soll eine ineffiziente Solaranlage installiert werden.**

müssen. Zur Lieferzeit machte das Ministerium keine Angaben. Bislang war die Installation für 2025 angedacht, und man rechnete mit Kosten von rund 1,5 Millionen €. Schon bei dieser Summe und 155.000 kWh Ertrag im Jahr ergibt sich ein Produktionspreis von über 48 Cent pro kWh – das ist ein Paradebeispiel für erzwungene grüne Symbolpolitik, die teuer, ineffizient und unwirtschaftlich ist. Verantwortungsvolle Energiepolitik und ein anständiger Umgang mit Steuergeld sehen anders aus. Wir müssen das Geld dort einsetzen, wo das Maximum an Klimaschutz aus jedem Euro erwirtschaftet werden kann. Das ist sicher nicht das Landtagsdach.



→ **Hier wird das AFZ der Feuerwehr entstehen.**

## **NEUER STANDORT FÜR AUS- UND FORTBILDUNGSZENTRUM DER FEUERWEHR STEHT**

Unsere Feuerwehr in Stuttgart braucht dringend ein modernes Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ). Nur noch bis Ende 2026 können fast 2.000 Haupt- und Ehrenamtliche die Interimsräumlichkeiten in Degerloch (in der alten Wache 5 im Industriegebiet) nutzen. Zum Glück konnte die Stadt kurz vor Jahresende endlich eine Zukunftslösung präsentieren, die ich und die FDP-Gemeinderatsfraktion schon seit fast zwei Jahren favorisieren und die wir vorgeschlagen hatten. Direkt neben der neuen Feuerwache 5 im Bezirk Möhringen an der Sigmaringer Straße soll das AFZ angesiedelt werden – auf einem Grundstück, das aktuell der EnBW gehört. Die Stadt wird es erwerben. Die Einigung ist für mich ein großer Erfolg und ein entscheidender Schritt für unsere Feuerwehr und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Ein starkes Signal auch für die Feuerwehrleute, die tagtäglich für uns im Einsatz sind. Sie bekommen ein modernes Aus- und Fortbildungszentrum mit zahlreichen Synergien zur benachbarten Wache 5. Zuletzt hatten wir von der FDP-Gemeinderatsfraktion mit den Fraktionen der CDU, der Freien Wähler, SPD und Volt in einem Antrag die Stadtverwaltung klar und deutlich aufgefordert: Jetzt handeln und den Kauf des Grundstücks endlich abschließen. Wie gut, dass es endlich geklappt hat. Das AFZ ist für mich auch ein wichtiger Baustein für die Motivation und Personalgewinnung der Berufsfeuerwehr in der Landeshauptstadt.

## **SUCHTAMBULANZ: MONATELANG MIETE FÜR LEERSTAND**

Das Klinikum Stuttgart plant unweit des Krankenhauses in Bad Cannstatt eine Suchtambulanz – mitten in einem Wohngebiet. Im Prießnitzweg sollen Menschen mit einer Suchterkrankung beraten und teils auch mit Ersatzstoffen versorgt werden. Anwohner und eine Mehrheit im Bezirksbeirat Bad Cannstatt forderten Anfang 2024, die Einrichtung direkt in der Klinik oder neben dem Zentrum für Seelische Gesundheit (ZSG) anzusiedeln. Auch ich halte eine solche Lösung für alle Beteiligten besser. Über eine Kleine Anfrage habe ich nun erfahren: Die externen Räume (122 qm) sind längst angemietet, doch ist unklar, wann die Suchtambulanz starten wird. Umbaumaßnahmen wurden bisher nicht durchgeführt, da "voraussichtlich" das Einverständnis des Eigentümers notwendig sei. Es kann nicht sein, dass die Stadt seit Monaten Miete für ein leer stehendes Gebäude bezahlt, während das Gesundheitssystem es viel dringender benötigen würde. Das Geld könnte Stuttgart an anderer Stelle besser gebrauchen. Hinzu kommt auch, dass Bad Cannstatt mit der Suchtambulanz, der geplanten forensischen Psychiatrie im alten Rot-Kreuz-Krankenhaus und weiteren Flüchtlingsunterkünften definitiv mit sozialen Einrichtungen überlastet wird.



## **GRAND CAFÉ PLANIE – EIN TRAUERSPIEL**

Auch die neuesten Informationen, die ich jetzt erhielt, stimmen nicht glücklich. Fünf Jahre nach Schließung des beliebten Lokals am Charlottenplatz lässt sich dort weder Kaffee und Kuchen genießen noch auf der Terrasse sitzen. Mal wieder steht die Landesregierung bei der Verpachtung einer eigenen Immobilie in Top-Innenstadtlage gnadenlos schlecht da. Dass nach fünf Jahren und Kosten von mindestens 1,7 Millionen € nicht einmal die Sanierungsarbeiten abgeschlossen sind und die Landesregierung trotzdem behauptet, es gäbe keine Verzögerungen, ist eine Frechheit gegenüber den Stuttgarterinnen und Stuttgartern. Detaillierte Vertragsverhandlungen mit den neuen Pächtern als Grund für die andauernde Hängepartie vorzuschieben, wirkt wie eine fadenscheinige Ausrede. Die Stuttgarter brauchen keine Dauerbaustelle, sondern ihr beliebtes Gastro-Objekt zurück. Es ist höchste Zeit, dass dieses Trauerspiel beendet wird. Sehr ärgerlich: Seit fünf Jahren fließen auch keine Pachterlöse an das Land.

## **FLÜCHTLINGSKOSTEN – STADT MUSS VORGRIFFSZAHLUNGEN BEIM LAND BEANTRAGEN**

Die Kosten der Stadt für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von Flüchtlingen steigen dieses Jahr erneut an. So wurde bei den Haushaltsberatungen ein Nettoaufwand von 67,5 Millionen € angesetzt. Jetzt geht die Verwaltung von 146,8 Millionen aus, also 80 Millionen zusätzlich. Im

vergangenen Jahr hat Stuttgart rund 205 Millionen € vorgeschossen. Welchen Anteil davon das Land später begleichen wird, ist offen. „Bleibt Stuttgart auf hohen Flüchtlingskosten sitzen?“ titelte die Stuttgarter Zeitung vor ein paar Wochen. Grundsätzlich erhält die Stadt für jeden Geflüchteten ein Kopfpauschale, später wird dann der konkrete Aufwand für Unterbringung und Essen als „Spitzabrechnung“ erfasst und in Rechnung gestellt. In einer Kleinen Anfrage teilte mir die Landesregierung mit, dass sich dieser Vorgang derzeit bis zu fünf Jahre zieht. Aber: Für die Abrechnungsjahre ab 2020 liegen dem Land „noch keine abschließenden Abrechnungsergebnisse vor, weshalb bis zur endgültigen Neufestsetzung der gesetzlichen Pauschale per Verordnung keine Aussage über die Gesamterstattung des Landes getroffen werden kann.“ Zudem hat Stuttgart bislang von der Vorgriffszahlung (aktuell 60%) für die Jahre 2022 bis 2024 keinen Gebrauch gemacht. Ich bin verwundert, dass das Land für Zahlungsverzögerungen vorgeschoben wird. Es stellt sich die Frage, warum die Stadt sich über zu wenig Geld beschwert, gleichzeitig aber die Vorgriffszahlung gar nicht beantragt hat?

Gerade jetzt, in schwieriger Haushaltslage, sollte die Stadt schleunigst ihre Abschlagsforderungen beim Land einreichen und Liquidität sichern, um wenigstens einen Teil der hohen Summen nicht erst 2029 wiederzusehen. Mit der FDP-Gemeinderatsfraktion habe ich deshalb eine Anfrage an die Verwaltung erstellt. Klar ist aber auch, dass der Erstattungsprozess viel zu lange dauert. Hier ist die Landesregierung



→ **Noch immer wird die Gastro-Immobilie am Charlottenplatz saniert.**





→ Im Gespräch mit Einsatzkräften der Stuttgarter Feuerwehr und des DRK beim Spatenstich für die neue DRK Rettungswache in Bad Cannstatt.

gefordert – sie muss die Vereinfachung des Verfahrens unbedingt auf den Weg bringen! Eine derartige Überlastung bei der Flüchtlingsfinanzierung ist den Kommunen nicht weiter zuzumuten.

### **SPATENSTICH FÜR DIE NEUE DRK RETTUNGSWACHE IN BAD CANNSTATT**

Seit 2019 hat der größte Stadtbezirk in Stuttgart, Bad Cannstatt, keine eigene Rettungswache mehr. Seitdem rücken die Einsatzkräfte in der Regel aus der Innenstadt, von der Neckarstraße aus an. Im Notfall zählt jedoch jede Minute. Eine intelligente Verteilung der Rettungswachen in Stuttgart kann darüber entscheiden, wie schnell der Rettungswagen beim Patienten sein kann.

Am 17. Januar wurde nun der offizielle erste Spatenstich für die neue DRK Rettungswache in Cannstatt gesetzt. Ein wichtiger Beitrag für die Notfallversorgung der Menschen in Stuttgart und insbesondere in Bad Cannstatt! Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des DRK Kreisverbands, Dr. Martin Schairer, folgten Grußworte von Bernd-Marcel Löffler, Bezirksvorsteher von Bad Cannstatt, und Prof. Dr. Jürgen, Vorstand des Klinikums Stuttgart.

Der Baustart hatte sich leider wegen Streitigkeiten mit dem Land um dessen Beteiligung an der Finanzierung verzögert. Das Land wollte ursprünglich nur 470.000 € zuschießen, sodass große Teile aus Spendemitteln hätten finanziert werden müssen. Nach Beschwerde des DRK übernimmt das Land nun rund zwei Drittel der Baukosten von 3,3 Millionen €. Ein verlässliches Rettungswesen braucht nicht nur moderne Fahrzeuge und gut geschultes Personal, sondern auch ausreichend Platz und moderne Räumlichkeiten. Ich bin deshalb froh, dass es mit dem Neubau nun endlich los-



→ Bei ihrem Besuch im Landtag stellten mir rund 100 Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Sillenbuch ihre Fragen.

gehen kann. Auf einer Nutzfläche von 500 Quadratmetern sollen von hier künftig zwei Rettungswagen ausrücken und Leben retten. Auch soll die neue Wache Ausbildungsort für zukünftige Notfallsanitäter dienen. Bleibt zu hoffen, dass die angekündigten eineinhalb Jahre Bauzeit eingehalten und die Einsatzkräfte dann wieder aus Bad Cannstatt ausrücken können.

### **ÜBER 100 SCHÜLER AUS DEM WAHLKREIS BEI LEBHAFTER DISKUSSION IM PLENARSAAL**

Mal eine etwas andere, aber nicht weniger lebhaft „Sitzung“ im Landtag: Über 100 Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Stuttgart-Sillenbuch stellten mir im Plenarsaal gut durchdachte und herausfordernde Fragen zu aktuellen politischen Themen. Die Schüler zeigten besonderes Interesse an kontroversen Themen wie dem Bahnprojekt Stuttgart 21 oder dem Thema Schwangerschaftsabbrüche. Auch wurde deutlich, dass sich die Neunklässler Gedanken wegen ihrer Jobperspektiven nach dem Abschluss Gedanken machen. In diesem Zusammenhang stellten sie einige Fragen zum geplanten Verbrennerverbot auf EU-Ebene und die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Deutschland und Baden-Württemberg an mich. Hier stellte ich klar: Das faktische Verbrenner-Verbot muss vom Tisch und zwar jetzt, da es unseren Wohlstand gefährdet und massenweise Arbeitsplätze in der Automobilindustrie kosten wird. Stattdessen brauchen wir Technologieoffenheit und müssen endlich eine gesicherte Perspektive für E-Fuels schaffen, in Baden-Württemberg zu sichern. Da einige der Schüler 2026 bereits an der Landtagswahl teilnehmen dürfen, hat es mich umso mehr gefreut zu sehen, wie engagiert die jungen Menschen bei der Sache waren und sich für die unterschiedlichen Positionen der Parteien in unserer Demokratie interessierten.

# HOHE SCHULDEN UND INEFFIZIENTE PROJEKTE – LANDESREGIERUNG OHNE VISIONEN



Friedrich Haag  
MdL

Genau 135,41 Milliarden € umfasst der neue Doppelhaushalt von Baden-Württemberg. Ministerpräsident Kretschmann meinte zum Abschluss der Haushaltsdebatte im Landtag, man habe „nun wirklich alle Zitronen ausgepresst.“ Doch das ist nicht die Wahrheit – ausgequetscht werden nämlich in unverantwortlicher Weise die künftigen Generationen und Haushalte. Grün-Schwarz macht maximal mögliche Neuschulden, spart sich so gut wie jede Personalkostenvorsorge, verschiebt die Tilgung der Corona-Schulden und spekuliert sogar auf dauerhaft sinkende Zinsen. Als Freie Demokraten sind wir unzufrieden mit dem neuen Haushalt 2025/26 und haben in den Beratungen und Debatten deshalb nicht mit Kritik gespart. So fallen beispielsweise die Beamten ins Auge: Seit der Regierungszeit unter den Grünen ist die Anzahl der Stellen in den Ministerien von 3.000 auf nun mehr als 4.300 und damit um 43% angewachsen. Allein das Staatsministerium ist im gleichen Zeitraum von 261 auf 381 (= 46%) gut dabei. Auch die Anzahl der Beschäftigten in den Landesbetrieben ist seit 2001 um über 50% angewach-

sen. Doch nützen diese zusätzlichen Personen dem Wirtschaftsstandort und dem Land? Das darf bezweifelt werden. So gibt die Landesregierung Millionen für Strategiedialoge aus – mit dem Fazit: außer Spesen nichts gewesen. Beispiele sind hier im Bereich Landwirtschaft zu nennen, mit Kosten von 350.000 € jährlich plus eines Etats für Bewirtung von 150.000 € oder der Strategiedialog „Bezahlbares und Innovatives Bauen“, der sogar mit einer Million € pro Jahr zu Buche schlägt ... zuzüglich jüngst genehmigter weiterer Mittel im Wohnbauministerium von 200.000 € pro Jahr. Parallel wird mit trickreicher Argumentation die Schuldentilgung reduziert. So wurde eine „Sondertilgung“ aus einem Beteiligungsfonds veranschlagt, der selbst schon schuldenfinanziert war. Auch die Konjunkturkomponente wird voll ausgenutzt. Hier handelt es sich um die mit der Schuldenbremse festgelegten maximal zulässigen abweichenden Nettokreditaufnahme bei einer von der Normallage abweichenden wirtschaftlichen Entwicklung. Konkret bedeutet das neue Schulden von einer Milliarde für das Jahr 2025, für 2026 dann 300 Millionen. Unser Fazit ist daher eindeutig: Die Grünen glauben selbst nicht daran, nach der nächsten Landtagswahl noch Verantwortung zu tragen. Deshalb gibt es jetzt noch großzügig Gelder für eigene Projekte – zu Lasten der Gemeinschaft.

## WIRTSCHAFTSMOTOR STATT GRÜNER IDEOLOGIE: ERGEBNISSE UNSERER KLAUSUR

Nach Dreikönig folgt jedes Jahr unsere FDP/DVP-Fraktionsklausur. Bei der zweitägigen Beratung haben wir die Weichen gestellt, um Baden-Württemberg wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Im Bereich Wirtschaftspolitik haben wir uns für eine klare Entbürokratisierung ausgesprochen. Überflüssige Posten wie der „Technologiebeauftragte“ oder die teure und wenig effektive Kampagne „THE LÄND“ sollen abgeschafft



→ „Der neue Landshaushalt belastet nachfolgende Generationen immens.“

werden. Stattdessen wollen wir mit einer „Komm in die Innenstadt“-Kampagne den Handel vor Ort stärken und unser Wirtschaftsministerium mit erweiterten Zuständigkeiten für Infrastruktur fit für die Zukunft machen. Auch die Verkehrspolitik braucht einen Kurswechsel: Wir setzen auf Technologieoffenheit und Innovation, etwa durch die Förderung von E-Fuels, Digitalisierung durch Projekte wie „Smart City“ und die Überprüfung ineffizienter Projekte wie der Landesanstalt Schienenfahrzeuge. Unsere Botschaft ist klar: Baden-Württemberg braucht eine wirtschaftsfreundliche, technologieorientierte und zukunftsfähige Politik. Mit klugen Entscheidungen, einer klaren Ablehnung von neuen Schulden und unserem Einsatz für die Menschen im Land arbeiten wir konsequent auf das Ziel einer bürgerlichen Regierung ab 2026 hin.

### **EINE GUTE WAHL**

Auf dem Landesparteitag Anfang Januar wurde Dr. Hans-Ulrich Rülke zum neuen Landesvorsitzenden der FDP gewählt. Damit hat die baden-württembergische FDP eine sehr gute Entscheidung getroffen, die zudem unheimlich wichtig für die anstehenden Wahlkämpfe für Bundestag und Landtag ist. Als langjähriger Fraktionschef bringt er große Erfahrung, Leidenschaft für die liberalen Wert sowie einen unermüdlichen Einsatzwillen ein. In der Doppelfunktion als Fraktions- und Landesvorsitzender hat er für einen erfolgreichen Kurs der Freien Demokraten die notwendige Beifreiheit. Gemeinsam mit ihm werden wir Liberale die nächsten Monate alles geben, damit wir 2026 wieder in Regierungsverantwortung kommen. Ich gratuliere außerdem den neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden Patrick Kober und Benjamin Strasser zu ihrer Wahl.



→ **Meine Gratulation direkt nach der Wahl.**

### **INNOVATIONSBREMSEN IN WOHNBAUPOLITIK MÜSSEN WEG**

Nicole Razavi hat die lang angekündigte Novelle der Landesbauordnung (LBO) zur Entlastung des Bausektors vorgestellt. Das Papier bleibt aber weit hinter den Erwartungen zurück. Die von der Wohnbauministerin versprochene Turbozündung sucht man vergeblich. Besonders enttäuschend ist, dass sie sich trotz wiederholter Forderungen aus der Baubranche im Kabinett wieder nicht mit einer Senkung der Grunderwerbsteuer durchsetzen konnte. Beim Thema digitales Bauen lebt die Ministerin offenbar einen Wunschtraum. Es ist hinlänglich bekannt, dass viele Ämter in den Kommunen noch meilenweit vom vollständig digitalen Bauamt entfernt sind. Es braucht von Landesseite daher eine Unterstützung bei der Umsetzung digitalisierter Genehmigungsprozesse.

Einige Ansätze der Novelle, wie die Einführung der Typengenehmigung, der Genehmigungsfiktion oder Vereinfachungen bei Nutzungsänderung und Brandschutz, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch hier hat das Ministerium mehr als drei Jahre gebraucht, um die von uns geforderten Änderungen umzusetzen. Für einen wirksamen Bürokratieabbau und eine echte Turbozündung beim Wohnungsbau muss es heißen: Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent, Gebäudetyp E einführen, weg mit unnötiger grüner Überregulierung von Grundstückseigentum, wie der überdachten Fahrradstellplatz- oder Photovoltaikpflicht! Sehr kontraproduktiv für den Wohnbau ist auch das Vorhaben von Nicole Razavi, die Mietpreisbremse zu verlängern. Wer angesichts der Baukrise nach „mehr Staat“ ruft, ist auf



→ **Bauen muss schneller und günstiger werden**





→ Mit Mitgliedern des Ortsverbands Vaihingen-Sachsenheim und Bundestagskandidat Oliver Martin (3.v.r.) vor Ort bei Kim Hasenhündl (Geschäftsführer Wohnbau Oberriexingen GmbH, 4.v.r.)

dem Holzweg. Durch die Mietpreisbremse ist de facto noch keine einzige neue Wohnung entstanden. Im Gegenteil: Sie führt dazu, dass sich immer mehr private Vermieter vom Markt zurückziehen. Die zunehmende Regulierung, etwa durch die Mietpreisbremse und das Zweckentfremdungsverbot, macht das Vermieten komplizierter, unattraktiver und schlussendlich unwirtschaftlich. Die Mietpreisbremse bremst Investitionen und Neubauten aus. Wer diese Zusammenhänge nicht erkennt, dem fehlt grundlegendes ökonomisches Verständnis.

### **KEINE EXTRA-WÜRSTCHEN FÜR E-AUTO-FAHRER**

Das Land prüft angeblich die Einführung einer Parkregelung für Nutzerinnen und Nutzer von E-Autos. Sie könnten demnach bis zu drei Stunden auf ansonsten kostenpflichtigen Parkflächen unentgeltlich parken. Eine Privilegierung dieser Art lehne ich ab. Es muss endlich Schluss damit sein, die Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen. Diese ideologische Unterteilung in „Gut und Böse“ sollte längst überwunden sein. Wer Flächen zum Parken nutzt, für die eine Gebühr anfällt, kann diese auch als E-Auto-Fahrer bezahlen.

Denn die Käufer solcher Fahrzeuge sind nicht unmittelbar von Armut bedroht. Mit der Offerte geht es Verkehrsminister Winfried Hermann doch nur darum, wieder einmal mit der Brechstange eine Technik in den Markt zu drücken. Offenbar stimmen die Rahmenbedingungen für die Produkte und auch die Produkte selbst noch nicht, dass diese sich nennenswert auf dem Markt etablieren können. Deshalb darf es keine bürokratischen Verrenkungen mit absurden Abgrenzungsproblemen geben.

### **VOR ORT IM LANDKREIS LUDWIGSBURG: WIE BAUUNTERNEHMEN UND KUNDEN DIE KRISE ZU SPÜREN BEKOMMEN**

Hohe Baukosten, Zinsen und Immobilienpreise belasten die Baubranche weiterhin massiv. Das stellt sowohl Bauunternehmen als auch potenzielle Eigentümer vor immense Herausforderungen. Gemeinsam mit dem Ortsverband Vaihingen-Sachsenheim und dem Bundestagskandidaten aus dem Wahlkreis Ludwigsburg, Oliver Martin, habe ich mich mit dem Geschäftsführer der Wohnbau Oberriexingen GmbH, Kim Hasenhündl, vor Ort ausgetauscht. Das familiengeführte Unternehmen blickt auf über 60 Jahre Erfahrung im Wohnungsbau zurück und realisiert derzeit jährlich rund 50 bis 100 regionale Wohnbauprojekte. Wie Hasenhündl berichtete, herrscht bei vielen Kunden Unsicherheit. Die Umsetzung neuer Bauprojekte gerät ins Stocken. Langwierige Verfahren auf den Baurechtsämtern und Überregulierung, wie z.B. die Fahrradstellplatzpflicht, verzögern Genehmigungsprozesse und treiben die Kosten in die Höhe. Nicht selten vergehen allein von Grundstücksankauf bis Baubeginn zwei Jahre. Strenge Vorgaben zu Energiestandards wie im Gebäudeenergiegesetz bringen Bauherren oft an ihre finanziellen Grenzen, ohne nennenswerte Klimavorteile zu bieten. So wollen wir Freie Demokraten nicht weitermachen.

Das Gespräch hat mir deutlich bestätigt: Wir müssen im Bausektor einen neuen Weg einschlagen. Wir müssen Bürokratie abbauen und dafür sorgen, dass keine neue geschaffen wird. Beschleunigte Genehmigungsverfahren und eine Senkung der Grunderwerbsteuer sind essenziell, um den Wohnungsbau wieder anzukurbeln und Eigentum wieder für mehr Menschen im Land zu ermöglichen.

## **KOSTEN-HAMMER DURCH GRUNDSTEUERREFORM WIRD BITTERE REALITÄT**

Mit Beginn des neuen Jahres werden viele Grundstücks- und Eigenheimbesitzer und auch Mieter deutlich mehr zur Kasse gebeten als bisher. Auch in Stuttgart beklagen insbesondere Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern Kostensteigerungen teils um das fünf- oder sechsfache der bisherigen Steuerlast. Es muss dabei aber klar sein: Schuld an der Kostenexplosion sind nicht Kommunen, Gemeinderäte oder Bürgermeister, sondern ausschließlich die Landesregierung. Mit der starken Orientierung der seit 1. Januar gültigen neuen Grundsteuer am Bodenrichtwert geht man in Baden-Württemberg einen Sonderweg - übrigens als einziges Bundesland in ganz Deutschland. Das haben wir von der FDP von Anfang an abgelehnt. Diese Reform ist weder fair oder gerecht, noch aufkommensneutral. Es darf nicht sein, dass nur die reine Grundstücksfläche über die Steuerhöhe entscheidet, egal ob dort eine Villa steht, ein Mehrfamilienmietshaus oder ein selbst gepflegter Garten. Besorgniserregend ist für mich zudem, dass diese auch Mieter trifft, weil die Grundsteuer auf sie umgelegt werden kann. Mir scheint es so, als käme es den Grünen in der Landesregierung gerade recht, dass es unattraktiv wird, ein Ein- oder Zweifamilienhaus zu besitzen oder zu bewohnen. Wir haben schon seit Bekanntwerden der Reform klargemacht: Diese Reform gefährdet die Altersvorsorge vieler Menschen, die in ihr Eigenheim investiert haben. Sie macht den Traum vom eigenen Haus für junge Menschen noch schwerer erreichbar, da diese ohnehin eine enge Finanzierungsgrundlage haben. Außerdem verteuert sie das Wohnen in Ein- und Zweifamilienhäusern weiter. Unser Ziel erhalten wir aufrecht: Eigentümer und Mieter müssen ent- statt belastet werden! Es braucht im Land ein gerechtes Grundsteuermodell, das die Bürger nicht überfordert. In einem solchen Modell darf nicht nur der Bodenrichtwert zählen, sondern es müssen zusätzliche Faktoren, wie beispielsweise die Gebäudefläche, mit einbezogen werden.



→ Rede in der Aktuellen Debatte zur Grundsteuer im Landtag

## **10 FORDERUNGEN FÜR EINE MARKT- WIRTSCHAFTLICHE ENERGIEPOLITIK**

Die FDP-Fraktion hat ein neues Positionspapier mit dem Titel „Neue Impulse in der Energiepolitik“ vorgelegt. Tenor: Wir müssen das Thema weniger ideologisch und ohne Denkverbote diskutieren. Wir sind offen für Zukunftstechnologien wie Kernfusion und moderne Kernkraftwerke und wollen den Einsatz von CCS und CCU, auch bei Gas- und Kohleverstromung, ermöglichen. In Baden-Württemberg sollten die nächsten 5 Jahre bis zu 15 neue Back-up-Kraftwerke entstehen. Deutsche Stromkunden haben den Ausbau der erneuerbaren Energien bereits mit über 200 Milliarden Euro subventioniert. Diese Politik muss sofort enden. Für die Zukunft müssen wir sämtliche regulierten Umlagen, Abgaben und Steuern auf Energie reformieren und die Strompreise auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken. Das Positionspapier können Sie auf der Fraktionswebseite herunterladen: [www.fdp-landtag-bw.de](http://www.fdp-landtag-bw.de)



## WIRTSCHAFTSWENDE JETZT!



Judith Skudelny  
MdB

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, Deutschland braucht den Politikwechsel! Unser Land befindet sich in einer der größten Wirtschaftskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Rezession schwächt unsere Industrie, gefährdet Arbeitsplätze und verunsichert die Bürgerinnen und Bürger. Das Engagement der hoch motivierten, hoch qualifizierten Menschen in unserem Land wird zu oft durch unattraktive Rahmenbedingungen ausgebremst: zu viel Bürokratie, überbordende Regulierung und ein leistungsfeindliches Steuersystem! Es ist mittlerweile einfacher geworden, eine Leistung zu beantragen, als sie zu erbringen. Das muss sich dringend ändern. Es ist höchste Zeit, dass wir die Bürger und Betriebe von Steuern, Abgaben, Bürokratie und Bevormundung entlasten. Mit diesen Ideen wollen wir das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft neu entfachen!

### **BÜROKRATIEABBAU: LASSEN WIR UNTERNEHMERN ZEIT FÜR IHRE EIGENTLICHE ARBEIT!**

Unternehmer und Freiberufler wollen arbeiten und produktiv sein. Tatsächlich verbringen sie in Deutschland aber fast zwei ganze Arbeitstage pro Woche damit, bürokratische Anforderungen zu erfüllen. Das ist ein untragbarer Zustand. Wir müssen diesen Mühlstein der Bürokratie zerschlagen. Wir Freie Demokraten stehen für eine Deregulierungsoffensive, die Bürokratie abbaut und Freiheiten für individuelle Entfaltung schafft.

### **REFORMEN FÜR LEISTUNG UND GERECHTIGKEIT**

Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur denen vorbehalten sein, die vom Staat leben, sondern muss auch für diejenigen gelten, die täglich für den Wohlstand unseres Landes arbeiten und das Sozialsystem finanzieren. Ich zitiere an dieser Stelle den großen Liberalen Guido Westerwelle: „Leistung muss sich wieder lohnen.“ Die FDP will den Abbau der kalten

Progression künftig gesetzlich verankern und einen verlässlichen Automatismus für einen Einkommensteuertarif auf Rädern einführen. So bleibt mehr Netto vom Brutto und versteckte Steuererhöhungen werden vermieden. Um zusätzliche Arbeitsanreize zu schaffen, wollen wir Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien. Statt der täglichen wollen wir eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit und flexiblere Ruhezeitregelungen ermöglichen.

### **DIE ENERGIEPOLITIK: EUROPATEMPO STATT ALLEINGANG ZU LASTEN DER WIRTSCHAFT**

Als einziges Land versucht Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie und Kohle gleichzeitig zu vollziehen und will im Alleingang ein halbes Jahrzehnt früher klimaneutral sein als der Rest Europas. So bezahlt Deutschland die Lernkurve für den Rest der Welt. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Industrie wettbewerbsfähig bleibt und die Energiekosten tragbar sind. Das gelingt nur, wenn wir uns auf einen gemeinsamen Europäischen Weg begeben.

### **UNSER EINSATZ FÜR DEN POLITIKWECHSEL**

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind gewaltig. Doch gerade in dieser Zeit bietet sich die Chance, Deutschland zu reformieren und das Wohlstandsversprechen für die kommenden Generationen zu sichern. Wir sind die einzige Partei, die eine konsequente Reformagenda verfolgt. Wir Freie Demokraten sind die Partei der Leistung, des Unternehmertums und der Menschen, die für ihren Erfolg selbst verantwortlich sind. Nur wir können die notwendigen Reformen umsetzen, um Deutschland wieder in die Erfolgspur zu führen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für ein erfolgreiches Ergebnis der FDP bei der Bundestagswahl und den Politikwechsel in Deutschland kämpfen!



# DISKUSSIONSRUNDE JUGENDOFFIZIER x JULIS



**Stefan Fischer**  
Kreisvorsitzender Junge Liberale Stuttgart

Am 24. Oktober luden die Jungen Liberalen Stuttgart zu einer Diskussionsrunde mit **David Matei**, Jugendoffizier der Bundeswehr, ein, um aktuelle Herausforderungen und die Debatte um die Wehrpflicht zu beleuchten. In einer Zeit tiefgreifender sicherheitspolitischer Veränderungen, der sogenannten „Zeitenwende“, wurde deutlich, dass die Bundeswehr strukturelle und politische Reformen benötigt, um zukunftsfähig zu bleiben. Während einige die Wehrpflicht als notwendig erachten, um Deutschlands Verteidigungsfähigkeit zu sichern, sprechen sich die Jungen Liberalen für ein freiwilliges System aus, das persönliche Freiheiten wahrt. Dieser Austausch gab wertvolle Einblicke und unterstrich den Bedarf an konstruktiven Lösungen, um die sicherheitspolitische Zukunft Deutschlands aktiv mitzugestalten.

Die Bundeswehr steht vor erheblichen Herausforderungen in einer sich verändernden sicherheitspolitischen Weltordnung. Die Jungen Liberalen Stuttgart hinterfragen die Notwendigkeit der Wehrpflicht und setzen sich für freiwillige Dienste ein, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, ohne die persönliche Freiheit einzuschränken. Doch welche Bedeutung hat die Wehrpflicht in der heutigen Gesellschaft und welche Auswirkungen würde eine potenzielle Wiedereinführung derer hervorbringen?

## **AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER BUNDESWEHR**

Der Abend stellte spannende Einblicke in die strukturellen und politischen Schwierigkeiten der Bundeswehr, insbesondere im Kontext der geopolitischen Lage und Sicherheitsbedrohungen bereit. Dabei kam es auch zu einer Debatte um die Wehrpflicht, wobei in einem interaktiven Austausch die Pro- und Kontra-Argumente zur Wiedereinführung de-

rer besprochen wurden. Die Jungen Liberalen sind gegen die Wehrpflicht und für ein freiwilliges System, das die individuelle Freiheit respektiert.

## **ZEITENWENDE UND POLITISCHE FÜHRUNG**

Die sogenannte „Zeitenwende“ bezeichnet eine Phase des Umdenkens und der Neuausrichtung in der deutschen Verteidigungspolitik. Diese Neuausrichtung der Verteidigungspolitik erfordert starke politische Führung. Dabei sollte vor allem auch das Nutzen des Sondervermögens und zukünftige Finanzierung der Bundeswehr geklärt werden.

## **DEBATTE UND ZUKUNFT**

David Matei präsentierte die aktuellen politischen und strukturellen Herausforderungen der Bundeswehr: Von Ausrüstung und Finanzierung bis hin zur Rekrutierung und Ausbildung neuer Soldaten. Ein wesentlicher Aspekt im geopolitischen Kontext ist dabei die Wehrpflicht, welche im Mittelpunkt der Diskussionsrunde stand. Schnell wurde deutlich, dass die Wiedereinführung derer ein sehr kontroverses Thema ist. Durch den Austausch und die Debatten mit David Matei wurden viele neue Perspektiven eröffnet und es wurde deutlich, dass es noch viel zu tun gibt, um die Bundeswehr zu stärken und auf die zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten.

Als Junge Liberale Stuttgart wollen wir uns nun zusammensetzen und produktive Lösungen erarbeiten. Es ist uns wichtig, dass wir uns aktiv in die Diskussion einbringen und konstruktive Vorschläge entwickeln, um die Bundeswehr zu unterstützen und die sicherheitspolitische Zukunft Deutschlands zu gestalten.

# WIRTSCHAFTSWENDE JETZT!



**Frank Bantle**  
Pressesprecher LIM Baden-Württemberg e.V.

Den Leitantrag beim Landesparteitag zur dringend notwendigen Wirtschaftswende hätten wir nicht besser formulieren können. Da steckt zu 100 Prozent Mittelstand drin. Deswegen sind auch unsere Stuttgarter LIM-Mitglieder, die als Delegierte oder als Standhelfer in Fellbach dabei waren, motiviert nach Hause gefahren. Genauso motiviert unterstützten wir auch vom Start weg den FDP-Wahlkampf mit „unseren“ Themen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sowie Bürokratieabbau. Bei unserem Info-Stand in der Schwabenlandhalle konnten wir mehr Gäste wie sonst begrüßen und spontan drei Neu-Mitglieder für den Liberalen Mittelstand gewinnen. Auch das ARD-Mittagsmagazin holte Stimmen für einen TV-Beitrag bei uns ein.

Unmittelbar nach dem Parteitag organisierten wir mit der Reinhold-Maier-Stiftung Wirtschafts-Lunches und -Frühstücke. Die Idee: liberale Spitzenpolitiker treffen auf Unternehmer und Gründer. In Stuttgart diskutierte **Judith Skudelny** mit **Patrick Luik**, Gründer und CEO der Softwarefirma Straiv. Er fungiert auch als Verwaltungsrat der Stiftung. Als Mehrfachgründer berichtete er, was schief läuft in der Praxis und was sich in Deutschland verändern muss, damit mehr Menschen gründen. Die Kooperation zwischen LIM und Reinhold-Maier-Stiftung soll 2025 mit ähnlichen Formaten vertieft werden. Gerne laden wir Sie dazu ein – schreiben Sie uns unter [info@lim-bw.de](mailto:info@lim-bw.de).



→ LIM-Mitbegründer Karl Braun im Interview mit der ARD.



→ Business-Lunch in Stuttgart. Es moderierte Dajana Hummel.

# DEUTSCHLAND BRAUCHT DIE FDP – WARUM WIR JUNGE LIBERALE FÜR DEN WANDEL KÄMPFEN



**Stefan Fischer**  
Kreisvorsitzender Junge Liberale Stuttgart

Kürzlich hatten wir Junge Liberale Stuttgart die Ehre, zwei herausragende Gäste bei unserer Veranstaltung zu begrüßen: **Mark Wieczorrek**, unser dynamischer Bundestagskandidat, und **Judith Skudelny**, erfahrene Bundestagsabgeordnete und starke Stimme der FDP. Gemeinsam haben wir uns auf den bevorstehenden Wahlkampf eingeschworen und uns über die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit ausgetauscht.

Der Abend begann mit inspirierenden Einblicken in die politischen Schwerpunkte unserer Gäste. Mark Wieczorrek brachte seine Vision für ein modernes und wirtschaftlich starkes Deutschland auf den Punkt: „Unsere Gesellschaft braucht wieder den Glauben daran, dass harte Arbeit, Einsatz und Ideen belohnt werden. Das Aufstiegsversprechen ist kein Privileg, es ist ein Grundrecht – und dafür kämpfe ich.“ Judith Skudelny betonte die dringende Notwendigkeit, die Bürokratie endlich massiv zu reduzieren, um damit Unternehmen zu entlasten und wieder wettbewerbsfähig zu machen. Beide waren sich einig: Deutschland kann und muss mehr!

Für uns Junge Liberale wurde an diesem Abend einmal mehr klar, warum Deutschland die FDP braucht. Unser Land steht an einem Scheideweg. Ohne entschlossene Reformen droht Deutschland, international den Anschluss zu verlieren. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Innovation und Leistung fördert, anstatt sie durch endlose Regularien zu bremsen. Wir brauchen eine Aktienrente, die jungen Menschen eine Generationengerechte Perspektive bietet. Und wir brauchen weniger „Rumscholzen“ in der Bundesregierung – weniger Stillstand und mehr Tatkraft in Deutschland.



Deutschland muss sich verändern, um wettbewerbsfähig und attraktiv für die junge Generation zu bleiben. Das ist keine leichte Aufgabe, aber genau hier liegt unsere Motivation. Wir Junge Liberale stehen fest an der Seite der FDP, um diese Ziele in die Breite der Gesellschaft zu tragen und sie populär zu machen. Denn wir wissen: Alles lässt sich ändern – und sie braucht Mut zur Veränderung.

Wir bedanken uns bei Mark Wieczorrek und Judith Skudelny für ihre inspirierenden Beiträge und freuen uns darauf, gemeinsam mit ihnen und der FDP für ein modernes, zukunftsfähiges Deutschland zu kämpfen. Packen wir es an!



## FRAUENFRÜHSTÜCK BEIM LANDESPARTEITAG 2025



**Susanne Winkler**

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart  
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Nach einem erfolgreichen Start im letzten Jahr wurde auch am 5. Januar 2025 vor Beginn des Landesparteitags von den Liberalen Frauen Baden-Württemberg das „Frauenfrühstück“ erneut mit aufgenommen. Selbstverständlich waren auch Männer herzlich willkommen. Bei diesem ungezwungenen Frühstück ließ es sich auch in diesem Jahr wieder intensiv plaudern, austauschen, diskutieren und lebhaft-liberal streiten. Immer jedoch auf Augenhöhe und mit respektvoller Art und Weise in gegenseitiger Wertschätzung

und des aktiven Zuhörens. Bei all den Veranstaltungen ist es für die LiF stets eine große Freude, dass auch Frauen mit dabei sind, die entweder noch nicht oder erst vor kurzem in die FDP und/oder bei den Liberalen Frauen eingetreten sind. Nehmen wir in dieser aktuellen „kalten“ Wahlkampfphase doch jede Hilfe und motivierte Mitarbeit sehr gerne an. **Renata Alt**, MdB und stv. Vorsitzende der LiF Ba-Wü, begrüßte an diesem Vormittag, auch im Namen der Vorsitzenden **Anke Hillman-Richter**, die Gäste sehr herzlich und ver-



→ Maria Kalb (links) und Susanne Winkler am Info-Stand beim LPT



→ v.l.n.r.: **Gabriele Heise, Gabriele Reich-Gutjahr und Renata Alt**



→ **Regina Strobel (neue Beisitzerin im LiF-Vorstand BV Stuttgart) und Heidi Nader (rechts)**



→ **Renata Alt begrüßt die Gäste**

wies mehrmals auf die Tatsache hin, dass Frauen „mutig“ und „selbstbewusst“ ihren Weg gehen sollen. Weiter umriss sie die einzelnen Punkte, warum es so wichtig ist, dass Frauen – unabhängig des Berufs – sichtbar(er) werden ... vor allem und im Besonderen, wenn es um die Besetzung in den Gremien und Parlamenten geht. Hier heißt es kämpfen, sich trauen und nicht „klein“ reden zu lassen, wenn es um einen aussichtsreichen Listenplatz geht. Manchmal ein sehr steiniger Weg ... doch wie sagte schon Goethe so richtig? „Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.“ Renata Alt, so auch Judith Skudelny, MdB, ehemalige Landesvorsitzende der LiF und Spitzenkandidatin der FDP Baden-Württemberg, wissen nur zu gut, was es heißt, über viele Jahre hinweg, sich immer wieder einem „steinigen“ Untergrund entgegen zu stellen. Durchhaltevermögen, Professionalität, Wissen und Qualifikation gehören dazu, genauso wie Empathie, Niveau, Freundlichkeit und sittliche Reife. Das unerlässliche „tragende“ Netzwerk lässt sich ebenso nicht von heute auf morgen aufbauen, sondern steht und fällt nach wie vor mit der eigenen Persönlichkeit, der Integrität und letztendlich der überzeugenden Zugewandtheit gegenüber den Delegierten bzw. der Wählerschaft. Nicht ohne Stolz erläuterte Alt, dass auf der Landesliste für die Bundestagswahl auf den ersten 10 Plätzen drei Frauen, so auf dem 11. bis 20. Platz nochmals drei Frauen rangieren. Mit diesem „historischen“ Ein-Drittel-Anteil hält man „wenigstens“ die Stellung; entspricht es doch schon seit Jahren der Besetzung in den unterschiedlichsten Gremien.

Aus diesem Grunde, nein! gerade deswegen: Nie nachlassen, nie den Mut verlieren, sich trauen, Stärke und Selbstbewusstsein zeigen, gleich dem Wahlkampfslogan: **Alles lässt sich ändern!**

### **EIN DANKESCHÖN!**

Ein großes persönliches Dankeschön geht an dieser Stelle für ihre Hilfe beim Auf- und Abbau des LiF-Präsentationstisches beim LPT an **Maria Kalb, Christian Bernhardt, Michael Conz und Martin Silberer**. Hilfreiche Hände, auf die man sich stets – auch ganz spontan – verlassen kann. Für alle weiteren Helfer, die an den Info-Ständen, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen immer und gerade jetzt mit dabei sind, sei auch hier ein herzliches Dankeschön ausgesprochen. Bis zum 23. Februar 2025 sind es nur noch ein paar Wochen ... jeder Einzelne wird zum Erfolg beitragen ... denn, nur dann lässt sich abschließend dokumentieren: **Alles lässt sich ändern!**



## MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER LIF BV STUTTGART



**Susanne Winkler**

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart  
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Am 30. November 2024 fand in Stuttgart die Mitgliederversammlung mit der Vorstellung der designierten Bundestagskandidatinnen und gleichermaßen Liberalen Frauen, **Renata Alt**, **Anna Ortwein** und **Judith Skudelny** (BV Stuttgart) statt. Ein weiterer Punkt auf der Agenda bezog sich im Anschluss auf die Wahl einer weiteren stv. Vorsitzenden, sowie zwei Beisitzerinnen.

Nach der Begrüßung der Vorsitzenden **Renate Iby** hatten die drei Kandidatinnen die Gelegenheit sich den Gästen in einem 10-minütigen Statement vorzustellen; der Fokus lag hierbei auf den inhaltlichen Schwerpunkten ihrer Politik, nebst den persönlichen Gründen der Kandidatur. Renata Alt war aus Berlin zugeschaltet, Anna Ortwein aus Washington, Judith Skudelny konnte persönlich vor Ort sein. Die sich anschließende, intensive Fragerunde verdeutlichte unmissverständlich, dass die anwesenden Mitglieder mit sehr großem Interesse dabei waren; leider beschränkte der Zeitfaktor die Diskussionsrunde insofern, stand doch die Nachwahl einzelner Posten in der Vorstandschaft ebenso an diesem Nachmittag auf der Tagesordnung. Vorab wurde **Radegunde Schenk-Kern**, die ihren Posten als Beisitzerin niederlegte, für ihre fast 20-jährige Mitgliedschaft und stets tatkräftige Mitarbeit im Vorstandsteam der LiF BV Stuttgart, von **Gaby Heise** (langjährige BV-Vorsitzende und Weggefährtin) sehr herzlich gedankt. Dank ging ebenso an die scheidende, stv. Vorsitzende, **Jana Lux**. Die anschließenden Wahlen gestalteten sich zügig und unkompliziert, zumal sich genügend motivierte Frauen für die frei werdenden Posten zur Wahl stellten. Gewählt wurden: **Maria Kalb** (KV Stuttgart) als stv. Vorsitzende; **Melanie Sammito** (KV Göppingen) und **Regina Strobel** (KV Rems-Murr) jeweils als Beisitzerinnen. Die Gewählten nahmen ihre Wahl sehr gerne an und freuen sich

auf die zukünftige Zusammenarbeit. Nachdem auch der Rechenschaftsbericht Transparenz über den Stand des aktuellen Budgets gab, widmete man sich den Themen, die für die kommende Bundestagswahl so auch für die Agenda in 2025 der Liberalen Frauen im Vordergrund stehen. Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Femizide ... eine Thematik, die ein „Schattendasein“ führt, jedoch, in Anbetracht der täglichen Tötungsdelikte in Deutschland, endlich richtig wahrgenommen werden und Beachtung finden muss. Anke Hillmann- Richter, Landesvorsitzende der LiF Baden-Württemberg unterstützte diese Auflistung und legte dabei nochmals richtungsweisend auf die Landtagswahlen den Finger in die Wunde ... das Motto unter den Frauen kann und darf nur heißen: Zusammenarbeit und gegenseitige Loyalität! In diesem Sinne, packen wir es an und unterstützen uns gegenseitig im Bundestagswahlkampf! Nur gemeinsam sind wir stark! Nur gemeinsam werden wir ein erfolgreiches Ergebnis erzielen!



→ Gaby Heise überreicht Geschenk an Radegunde Schenk-Kern (Mitte)



## LSI-STAMMTISCHE NEU AUFGELEGT



**Liane Bott-Voelker**  
Vorstand Regionalverband Stuttgart  
Liberales Senioren Initiative

Als Regionalgruppe der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg haben wir im Herbst ein beliebtes Veranstaltungsformat wiederbelebt: Stammtische für Mitglieder und Interessierte zur Mittagszeit. Vor Corona gehörten die Treffen zum festen Programm und waren stets gut besucht. Die Wiederauflage ist gelungen: Schon beim ersten Stammtisch konnten wir mehr als 20 Gäste begrüßen. Unser Stadtrat **Dr. Cornelius Hummel** berichtete aus dem Rathaus, und der Philosoph M. Stanisavlevic referierte über „Alter und Langlebigkeit“. Anfang Dezember gab es deshalb gleich einen weiteren Stammtisch und im Januar einen „Neujahrs-Stammtisch“ in privatem Rahmen. Weitere Termine für 2025 sind in Vorbereitung und werden frühzeitig über den FDP-Kreisverband kommuniziert.

### ÄLTERE GENERATION NICHT ÜBERSEHEN

Unter Beteiligung von Stuttgarter LSI-Mitgliedern wurde am 5. Januar der Infostand beim Landesparteitag organisiert und besetzt. Es freut uns, dass wir hier immer Mitglieder aus anderen Landesteilen treffen oder mit Landespolitikern ins direkte Gespräch kommen. Sehr lange blieb Andreas Glück, FDP-Europaabgeordneter, bei uns. Er diskutierte mit **Dr. Wolfgang Allehoff** über dessen Grußworte. Unser Landesvorsitzender mahnte in seine Rede: „Eines unserer Anliegen ist das harmonische Zusammenleben aller Generationen. Ein Generationenvertrag, der auf gegenseitigem Respekt und Verständnis beruht, ist für uns essenziell. Wir müssen aufpassen, dass keine Altersgruppe in den Schatten gestellt wird. Der derzeitige Fokus auf die Ansprache der ganz jungen Wähler ist zwar verständlich, aber wir halten es für gefährlich, dabei die älteren Generationen zu übersehen. Wir alle sind Teil dieser Gesellschaft und müssen gemeinsam an ihrer Zukunft arbeiten.“

Nach dem Scheitern der Ampelkoalition, so Allehoff, sei es nun an der Zeit, dass wir uns erneut auf das besinnen, was die FDP immer ausgemacht habe: die Eigenverantwortung des Einzelnen. Jeder Mensch müsse die Möglichkeit haben, sein Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu gestalten. Als Beispiele nannte er die Streichung starrer Altersgrenzen etwa für Wahl- und Ehrenämter sowie die Umsetzung des BVerfG-Urteils zur Sterbehilfe. „Selbstbestimmung sollte nicht am Lebensende Halt machen.“



→ Gespräch am LSI-Infostand auf dem Landesparteitag



→ LSI-Landesvorsitzender Dr. Wolfgang Allehoff bei seinem Grußwort

# TERMINE UND VERANSTALTUNGEN IM 1. QUARTAL 2025

## → FEBRUAR 2025

- 
- |            |                  |   |
|------------|------------------|---|
| <b>9.</b>  | <b>9:00 Uhr</b>  | Bundesverband › Außerordentlicher Bundesparteitag › Berlin                                |
| <b>14.</b> | <b>12:15 Uhr</b> | Kreisverband › Veranstaltung mit Christian Lindner › Schlossplatz                         |
| <b>17.</b> | <b>19:30 Uhr</b> | Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46 |
| <b>23.</b> | <b>17:00 Uhr</b> | Kreisverband › Wahlabend › Alte Kanzlei, Schillerplatz 5                                  |
- 

## → MÄRZ 2025

- 
- |            |                  |  |
|------------|------------------|--|
| <b>17.</b> | <b>19:30 Uhr</b> | Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46    |
| <b>29.</b> | <b>19:30 Uhr</b> | Kreisverband › Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen › Haus am See, Mühlhäuser Str. 311 |
- 

## → APRIL 2025

- 
- |            |                  |  |
|------------|------------------|--|
| <b>10.</b> | <b>10:00 Uhr</b> | Bezirksverband › Bezirksparteitag › Remshalden |
|------------|------------------|--|
- 



**ALLE SITZUNGEN DER STADTGRUPPEN FINDEN SIE AUF DER INTERNETSEITE  
DER FDP STUTTGART UNTER [WWW.FDP-STUTTGART.DE/TERMINE](http://WWW.FDP-STUTTGART.DE/TERMINE)**

# PETER HÖNIG

**19.09.1935 – 23.11.2024**

**Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Reinhold-Maier-Nadel  
Stadtgruppe Degerloch**

Im Alter von 89 Jahren ist unser langjähriger Stadtgruppenvorsitzender, Bezirksbeirat und Gemeinderat Peter Hönig am 23. November 2024 verstorben. In seiner mehr als 30-jährigen kommunalpolitischen Arbeit konnte er viel bewegen und engagierte sich in zahlreichen Vereinen und Fördervereinen. Seine Erfahrung und seine

guten Ratschläge, die in unseren Diskussionen immer eine Bereicherung waren, werden fehlen. Sein liberaler Kompass ist für viele unserer Mitglieder weiter Inspiration. Seinen Angehörigen sprechen wir unser herzliches Beileid aus.

# ROLAND BURKHARDT

**17.10.1943 – 20.01.2025**

**Stadtgruppe Weilimdorf**

Für uns alle unerwartet verstarb Roland Burkhardt am 20. Januar 2025. Erst im September 2024 hatten wir ihn für 40 Jahre Zugehörigkeit zur FDP ehren dürfen. Viele Jahre hatte er sich in der Stadtgruppe Weilimdorf engagiert und sich stets für eine liberale Politik stark ge-

macht. Für seinen Einsatz und sein Wirken werden wir ihn immer in dankbarer Erinnerung halten. Seiner Frau Urte und seiner ganzen Familien sprechen wir unser herzliches Beileid aus.

**Wir werden unseren Parteifreunden  
ein ehrendes Andenken bewahren.**



# **VERANSTALTUNG MIT CHRISTIAN LINDNER**

**FR., 14.2.2025, 12:15 UHR  
AUF DEM SCHLOSSPLATZ**

# **WAHLABEND ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025**

**SO., 23.2.2025, 17 UHR  
ALTE KANZLEI, SCHILLERPLATZ 5**

# **JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG MIT VORSTANDSWAHLEN**

**SA., 29.3.2025, 14 UHR  
HAUS AM SEE, MÜHLHÄUSER STR. 311**

**[FDP-STUTTART.DE/TERMINE](https://www.fdp-stuttgart.de/termine)**